

position

DGB

Die AfD vor der Bundestagswahl 2021

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Vorstandsbereich 04,
Migrations- und Antirassismopolitik (MIA),
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

verantwortlich: Anja Piel

Verfasser: Alexander Häusler, Rainer Roeser

Redaktion: Bereich MIA

Stand: Juli 2021

Layout: Heiko von Schrenk

Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Über die Verfasser

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf, Rainer Roeser ist freier Journalist. Beide Autoren beschäftigen seit etlichen Jahren mit aktuellen Erscheinungsformen im Rechtsextremismus und haben die Entwicklungen der Partei »Alternative für Deutschland« von deren Beginn an durch Analysen kritisch begleitet. Für den DGB haben beide Autoren wiederkehrend Ausarbeitungen zum Thema erstellt.

Zitation:

Auf Onlinequellen wird in Fußnoten verwiesen, ansonsten wird die amerikanische Zitierweise verwendet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Politische Einordnung	5
1.1 Rechtsextremismus	5
1.2 Rechtspopulismus	6
1.3 Völkisch-autoritärer Populismus	7
1.4 Rechte Identitätspolitik	9
2. Politische Entwicklung der AfD	11
2.1 Phasen kumulativer Radikalisierung	11
2.2 Volkspartei, »Lega Ost« oder faschistoide Bewegungspartei?	13
3. Die AfD im Superwahljahr 2021	16
3.1 Wahlen 2021	16
3.2 Innerparteiliche Konflikte	18
3.3 Parteitag in Dresden und Spitzenteam	20
4. Programm zur Bundestagswahl 2021	22
5. Rechte »Arbeitnehmer:innenpolitik«?	28
Literatur	32

Vorwort von Anja Piel

Aus der euroskeptischen »Professorenpartei« AfD ist längst eine Partei geworden, die das extrem rechte Spektrum bedient und dort um Wählerstimmen buhlt. Die AfD rückte von Parteitag zu Parteitag immer weiter nach rechts und provozierte damit die Prüfung und Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Die formale Auflösung des extrem rechten »Flügels« war ein durchsichtiges Täuschungsmanöver. Allein die sichtbar schwierigsten Vertreter André Poggenburg und Andreas Kalbitz gehören der Partei mittlerweile nicht mehr an. An einen Ausschluss von Björn Höcke glaubt inzwischen niemand mehr – im Gegenteil: sein Einfluss wächst weiter.

Bis zur Bundestagswahl im September könnte die märchenhafte Erzählung einer geeinten AfD vielleicht noch halten. Danach ist eine Richtungsentscheidung zu erwarten: die könnte für die Meuthen-Fraktion den Abstieg in die Bedeutungslosigkeit einläuten.

Der DGB-Bundesvorstand hat in Kenntnis ihrer Expertise Alexander Häusler und Rainer Roeser, gebeten, den Zustand der AfD zu analysieren und ihre fortschreitende Radikalisierung zu beschreiben. Ferner sollten die zentralen Forderungen aus dem Bundestagswahlprogramm analysiert werden.

Ich freue mich, dass das Ergebnis nun vorliegt. Diese Veröffentlichung soll den Wesenskern und die politischen Ziele der Partei darlegen. Als eine Argumentationshilfe im Umgang mit den Rechten soll sie auch dafür sensibilisieren, dass die Inszenierung der AfD als eine Art »Arbeiterpartei« oder gar die »Arbeiterpartei« nicht trägt. .

Inhaltliche Substanz in den für Gewerkschaften wichtigen Themenfeldern Arbeit und Soziales ist schwer zu finden. Trotz vollmundiger Ankündigungen, der »Sozialparteitag - mehrfach verschoben und mit Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nur am Rande - werde die Leerstellen der Partei schließen, fehlt es bis heute an echten Signalen. Die Gräben innerhalb der AfD waren für geeinte Schwerpunkte wohl zu groß. So drückt man sich um die Benennung einer geforderten Höhe des Mindestlohns ebenso wie um die Benennung eines künftigen Renteneintrittsalters.

Die AfD ist keine Partei, die für die Interessen abhängig Beschäftigter eintritt. Im Gegenteil: Statt konkreter Lösungsvorschläge nur der Versuch der Anbietung. Und die Vorschläge, die sie machen, zielen auf die Unterstützung von Selbstständigen und multinationaler Unternehmen. Weil wir den Finger in diese Wunde legen wollen, bietet der vorliegende Text gute Argumente, um dem Politikstil Rechtspopulismus den Politikstil Analyse und Aufklärung entgegenzusetzen.

In den Gewerkschaften und in ihrem Dachverband, dem DGB, haben Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung, Hass und Hetze keinen Platz.

Eine bessere, eine solidarischere, eine sozialere, eine humanere Gesellschaft werden wir nicht durch Ausgrenzung und die Saat der Spaltung der arbeitenden Menschen erreichen.

Die AfD ist auch vor der Bundestagswahl 2021 keine Alternative für Arbeitnehmer:innen.



Anja Piel

Mitglied des Geschäftsführenden
Bundesvorstands des DGB

Foto: DGB/Simone M. Neumann

1. Politische Einordnung

Die AfD – eine Rechtsaußenpartei mit rechtspopulistischer Agitationsweise

Die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) ist inzwischen zu großen Teilen als eine Partei der extremen Rechten¹ einzustufen. Diese Einordnung war noch vor einigen Jahren umstritten – seit ihrer Gründung im Februar 2013 gab es in der Öffentlichkeit erhebliche Debatten hinsichtlich ihrer politischen Verortung. Diskutiert wurde, ob diese rechts der Unionsparteien stehende Partei mehrheitlich dem Nationalliberalismus, dem Konservatismus, dem Rechtspopulismus oder dem Rechtsextremismus zuzuordnen sei. Die Schwierigkeit einer eindeutigen politischen Charakterisierung dieser Partei aus Sicht sowohl der Politik- und Parteienforschung als auch speziell der Forschung zur extremen Rechten ist bislang dem Umstand geschuldet, dass die AfD einerseits unterschiedliche politische Milieus und Strömungen repräsentiert und dass sie sich andererseits im Laufe ihres bislang achtjährigen Werdegangs stark verändert und radikalisiert hat. Hierbei ist die AfD genau den umgekehrten Weg anderer Rechtsaußenparteien gegangen: Während sich Parteien wie etwa die Schwedendemokraten oder der frühere Front National aus Frankreich, später umbenannt in Rassemblement National, propagandistisch einen taktischen Schwenk von offen rechtsextremen Aussagen hin zu scheinbar moderateren Ansichten vollzogen haben, hat die AfD den Weg einer kontinuierlichen Radikalisierung nach Rechtsaußen beschritten. Sie ist eine mit der extremen Rechten eng verbundene Rechtsaußenpartei mit rechtspopulistischer Agitationsweise.

1.1 Rechtsextremismus

Der Begriff des Rechtsextremismus kann allgemein als Sammelbegriff für die Bündelung autoritärer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden. Dessen zentrale Merkmale lassen sich laut dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke aus der Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen ableiten, »die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemein-

schaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen«. (Jaschke 2001: 30) Der Neonazismus verkörpert den äußersten Rand des rechtsextremen Spektrums, der sich mehr oder weniger offen positiv auf weltanschauliche Grundmuster des Nationalsozialismus bezieht. Er wird größtenteils durch eine in sogenannten Kameradschaften organisierte Neonazi-Szene repräsentiert, die sich selbst als Nationaler Widerstand begreift. Die neonazistische Szene hat großen Einfluss auf das Parteienspektrum der extremen Rechten. Dazu zählen neben der NPD die Partei Die Rechte und die Partei Der III. Weg.

Ihre rechten Radikalisierungstendenzen haben die AfD zunehmend in den Blickwinkel des Inlandsgeheimdienstes gerückt – so zunächst die AfD-Rechtsaußenformation »Der Flügel«, welche im Frühjahr 2020 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wurde, woraufhin deren AfD-Protagonisten die Auflösung ihrer informellen Formation verkündeten. Nachdem zunächst die AfD-Landesverbände in Thüringen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt als rechtsextreme Verdachtsfälle geführt wurden, stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im Frühjahr 2021 die Gesamtpartei als rechtsextremen Verdachtsfall ein.

Zwar ist die AfD bestrebt, ihre geheimdienstliche Einstufung als rechtsextrem zu verhindern. Doch der Einfluss ihrer extrem rechts gesinnten Mitglieder hat der Partei insgesamt einen entsprechenden politischen Kurs aufgedrückt, der ihr ein von allen Lagern mitgetragenes völkisch-nationalistisches Erscheinungsbild gibt. Auch in der Rechtsextremismusforschung finden sich mittlerweile deutliche Bewertungen: Der Politikwissenschaftler Rudolf Korte (2015) bezeichnet den Sprachduktus von Höcke als »rechtsextrem völkisch«. Der Politiker verbreite »völkisches Gedankengut, wie es das in Deutschland schon mal in den 1920er- und 1930er-Jahren gegeben habe«. Der Berliner Politikwissenschaftler Gero Neugebauer² deutet Höcke mit seinen Aussagen als Vertreter eines völkischen Nationalismus, »also eindeutig rechtsextremistisch«. Laut dem Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer³ lässt sich die AfD kennzeichnen »als national-konservative Partei mit Brücken zum Rechtsextremismus hin«. Claus Leggewie (2017: 22) erkennt bei der AfD unter Gauland und Höcke Züge eines völkisch-autoritären »National-Sozialismus«. Laut dem

¹ Mit der Begriffsverwendung »extreme Rechte« unterscheiden wir uns von der Rechtsextremismusdefinition des Inlandsgeheimdienstes, der rein formalistisch zwischen verfassungsfeindlichem »Extremismus« an politischen Rändern und einer per se als demokratisch verstandenen »Mitte« unterscheidet. Unserer Ansicht nach werden von Rechtsaußen – auch durch das Wirken der AfD – zunehmend extrem rechte Inhalte in die politische und gesellschaftliche Mitte gespeist und dadurch »normalisiert«. Wir beziehen hierbei auf eine Deutung von Fabian Virchow: »Mit der Verwendung der Begrifflichkeit »extrem rechts« (statt rechtsextremistisch) wäre nicht der »Extremismus« der primäre Bezugsrahmen, sondern eine weiter zu fassende »politische Rechte«, die gesellschaftliche Hierarchien und Ungleichheit als unausweichlich und naturhaft gegeben ansieht (...). In der historischen Perspektive bleibt darüber hinaus die Verbindung zum Beitrag der konservativen und nationalistischen Eliten zur Zerstörung demokratischer Verfassungs- und Gesellschaftsstrukturen bestehen.« (Virchow 2016: 17)

² Neugebauer, Gero (2015): »Neues Sprachrohr der Rechten«. AfD bald im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes? Gero Neugebauer im Gespräch. In: Handelsblatt online v. 20.10.2015. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/neues-sprachrohr-der-rechten-experte-sieht-hoecke-als-vertreter-eines-voelkischen-nationalismus/12479592-3.html>, (02.02.2018)

³ Niedermayer, Oskar (2017): Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei? <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240956/debatte-alternative-fuer-deutschland> (25.03.2018)

Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber (2018) lässt sich die AfD politisch charakterisieren »als eine (rechts-)extremistische Partei, zwar mit eher niedrigem Intensitätsgrad, aber eben als sehr wohl extremistisch«. Im Jahr 2021 fallen die Bewertungen noch eindeutiger aus: In einer aktuellen Expertise des Deutschen Instituts für Menschenrechte bescheinigt dessen Autor Hendrik Cremer der Partei, »dass rassistische und rechtsextreme Positionen Bestandteil des AfD-Programms, der AfD-Strategie sowie der Positionierungen von AfD-Führungspersonen und Mandatsträger:innen sind und sich damit gegen die in Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz verankerten unabdingbaren Grundlagen der Menschenrechte richten«. (Cremer 2021: 9) Für den Politikwissenschaftler Hajo Funke gilt die AfD als eine »rechts-extreme Partei«, die zu einer »Höcke-AfD« mutiert sei. (Funke 2021)

1.2 Rechtspopulismus

Der Begriff des Rechtspopulismus ist in Bezug auf die AfD umstritten. Oftmals wird gegen ihn eingewendet, dass damit eine »Verharmlosung«⁴ der deutlich zutage tretenden rechtsextremen Positionen der AfD betrieben werde. Dies hätte allerdings nur dann Berechtigung, wenn Rechtspopulismus als politischer Kategorisierungs- und Unterscheidungsbegriff zum Rechtsextremismus zur politischen Verortbarkeit verwendet werden würde. Hier wird jedoch die Position vertreten, dass der Begriff des Rechtspopulismus zu unterkomplex ist, um eine Partei auf der Links-Rechts-Skala zu verorten – Populismus allgemein ist stattdessen als bloßes Stilmittel politischer Agitation zu verstehen. Das bedeutet: Einer Partei, die als rechtspopulistisch klassifiziert ist, wird dadurch eine spezifische Agitationsweise bzw. Ansprache zugeordnet – sie kann jedoch zugleich rechtsextrem sein (muss es allerdings nicht zwangsläufig). So ist etwa die Schweizerische Volkspartei als rechtspopulistisch einzustufen, nicht jedoch als rechtsextrem (eher nationalkonservativ); die AfD oder die französische RN hingegen sind sowohl rechtspopulistisch in ihrer politischen Inszenierung wie zugleich rechtsextrem in ihrer politischen Ausrichtung.

Der Begriff des Populismus kann laut der Soziologin Karin Priester als ein »Syndrom diverser Protest- oder Anti-Haltungen« verstanden werden: Er »nimmt eine bestimmte politische Färbung an, je nachdem, in welches politisches Magnetfeld er gerät«. (Priester 2012: 165)

Der konstruierte Gegensatz zwischen Volk und Elite kann hierbei als Basiserzählung des Rechtspopulismus verstanden werden (Geden 2007: 8). Damit einher geht eine Moralisierung, Emotionalisierung und Personifizierung des Politischen; eine Politik der Angst und der

Schaubild: Ausprägungen des Populismus
(Buchberger/Mitnik 2019)

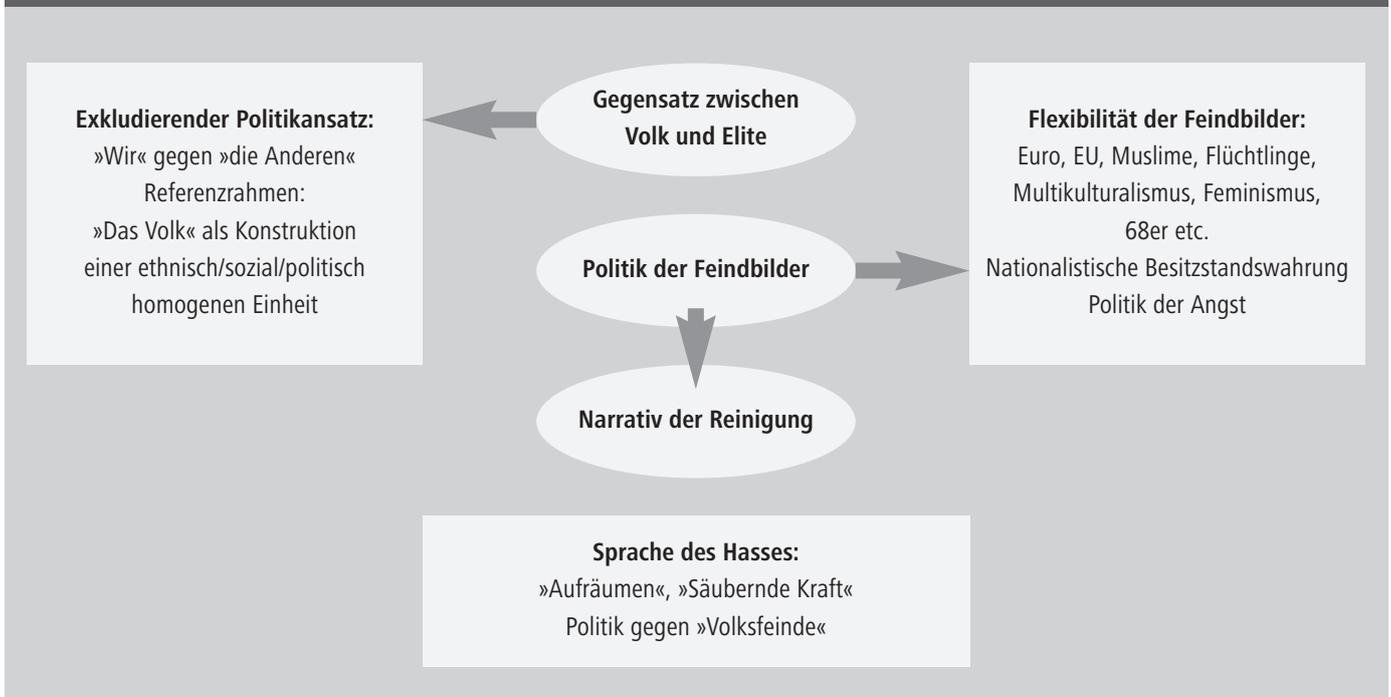
Populismus als ...	Merkmale	Exemplarische Aussagen
... Stil	Volksverbundenheit	»Wir sind in unserem Auftreten besonders volksnahe!«
... Strategie	Mobilisierung	»Wir wollen durch unsere Handlungen im politischen Diskurs viel Aufmerksamkeit erreichen!«
... Ideologie	Pro-Volks-souveränität Anti-Establishment Anti-Pluralismus	»Wir und nur wir repräsentieren das Volk!« »Wir gegen Establishment und korrupte Eliten!« »Wir haben als »wahres Volk« den moralisch-politischen Alleinvertretungsanspruch!«

Feindbilder ersetzt die politische Analyse. In antidemokratischer Stoßrichtung ist der Rechtspopulismus nicht auf Diskurs und Pluralismus ausgerichtet, sondern auf Verabsolutierung in »Gut« und »Böse«, in »Wahrheit« und »Lüge«, in »Freund« und »Feind«. Rechtspopulismus ist zugleich als »exkludierender Anti-Establishment-Protest« zu begreifen (Priester 2016: 546). Versteht man Rechtspopulismus in erster Linie als eine spezifische Form politischer Ansprache und Propaganda, so folgt daraus, dass er sowohl bei Parteien extrem rechten Ursprungs wie auch bei Parteien mit nationalliberalem und/oder nationalkonservativem Ursprung als merkmalsprägend für deren Erscheinungsbild gekennzeichnet werden kann.

Der Begriff des Rechtspopulismus dient deshalb in erster Linie zum Verständnis der Funktion und Wirkungsmächtigkeit spezifischer Formen politischer Ansprache. Er ist jedoch begrifflich unterkomplex zur politischen Verortung von Parteien und Bewegungen auf der politischen Links-Rechts-Skala.

⁴ Ebd.

Schaubild: Rechtspopulistische Ansprache (eigene Darstellung)



1.3 Völkisch-autoritärer Populismus

Die AfD ist in ihrer aktuellen Verfassung als rechtspopulistische Partei mit rechtsextremen Einflüssen und Merkmalen charakterisierbar. Der wirtschaftsliberale Rechtspopulismus der AfD-Gründer wurde im Laufe ihrer politischen Entwicklung zunehmend angereichert mit völkisch-nationalistischen und autoritaristischen Positionierungen. In zunehmendem Maße operiert die AfD als ein parteipolitisches Dach eines neuen, milieuübergreifenden völkisch-autoritären Populismus (Häusler 2018). Eine solche Charakterisierung beinhaltet die Feststellung, dass in der AfD sowohl rechtspopulistische wie zugleich auch autoritäre, völkisch-nationalistische und extrem rechte Merkmalsprägungen zur Geltung kommen. Die AfD ist rechtspopulistisch, weil sie eine spezifische Form von politischer Ansprache sowie eine entsprechende Mobilisierung politischer Leidenschaften betreibt, die auf Verunsicherung, Angst, Ressentiment und Wut basieren. Nach Ruth Wodak instrumentalisieren alle rechtspopulistischen Parteien »eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher, politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar, die Bedrohung »für uns«, für »unsere« Nation. Dieses Phänomen manifestiert sich als »Politik mit der Angst«. (Wodak 2016, 18) Vergleichbare Inszenierungen und Feindbildsetzungen praktiziert die AfD: So prangerte der AfD-Bundes-Co-Vorsitzende Jörg Meuthen auf

dem Bundesparteitag im April 2016 in Stuttgart in populistischer Manier an, er könne sich aufgrund der Zuwanderung nicht mehr sicher auf die Straße trauen, und leitete daraus die Forderung nach einem »Deutschland weg vom links-rot-grün versifften 68er-Deutschland«⁵ ab. Der Bundestagsabgeordnete Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher der AfD, bekundete als vorrangiges Ziel, »die Entsifung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen.«⁶ Zudem weist die AfD autoritaristische Merkmale auf, indem sie in rechtspopulistischer Manier ein Versprechen nach Ordnung(smacht) verkündet: »Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück«, verkündete der AfD-Vordenker Gauland am Abend des Einzugs in den Deutschen Bundestag. Auch der frühere AfD-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Uwe Junge – Oberstleutnant a. D. – offenbarte auf seinem Twitter-Account autoritaristische Vorstellungen von Selbstjustiz mit folgendem Bekenntnis: »Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden! Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir

⁵ Meuthen, Jörg (2016): Rede auf dem AfD Parteitag in Stuttgart vom 30.04., https://www.youtube.com/watch?v=RqGEClcH8_0 (20.08.2018).

⁶ Jongen, Marc (2018): Facebookmeldung vom 23.01., <https://de-de.facebook.com/Dr.MarcJongen/> (28.08.2018).

⁷ Gauland, Alexander (2017): Wir werden Merkel jagen. Wir werden uns unser Land unser Volk zurückholen, <https://www.youtube.com/watch?v=48Z4H2pRw4w> (20.05.2018).

Gott helfe!«⁸ Für Gauland stehen Identität und Nationales augenscheinlich über den Werten der Verfassung, da sie angeblich unveränderliche Lebensmerkmale darstellen: »Wir lieben nicht die Verfassung, wir lieben unser deutsches Volk. Aber wir wissen, dass die Verfassung richtig und nützlich ist und wir stehen für sie ein. Sie ist ein Kleid, das man verändern kann. Identität, Nationales, Kultur kann man nicht verändern. Sie ist uns angeboren und sie ist etwas, was wir alle zum Leben brauchen.« (Gauland 2016) Populistische Ansprache und autoritäre Politikvorstellungen werden in der AfD verknüpft mit völkisch-nationalistischen Weltbildern. So postete z. B. der AfD-Politiker Thorsten Weiß, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, auf seiner Facebookseite in Bezug auf die prognostizierte Zunahme von Staatsbürger:innen mit Migrationshintergrund: »Die Regierung plant den Volkstod!«.⁹ Im revisionistischen Duktus bezeichnete der AfD-Rechtsaußen Höcke das Berliner Holocaust-Denkmal als »Denkmal der Schande« und forderte eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«.¹⁰

Die Parolen und Metaphern des ehemaligen Geschichtslehrers und heutigen Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke weisen Ähnlichkeiten zum Jargon von NS-Agitatoren wie Joseph Goebbels auf.¹¹

Der völkisch-autoritäre Populismus kann als spezifische Ausdrucksform des Rechtspopulismus verstanden werden, der sich einerseits verbal vom Rechtsextremismus abzugrenzen versucht und andererseits zunehmend weltanschauliche und propagandistische Elemente des Rechtsextremismus übernimmt.

Schaubild: Abgrenzungen und Zusammenhänge zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus (eigene Darstellung)

Rechtsextremismus:

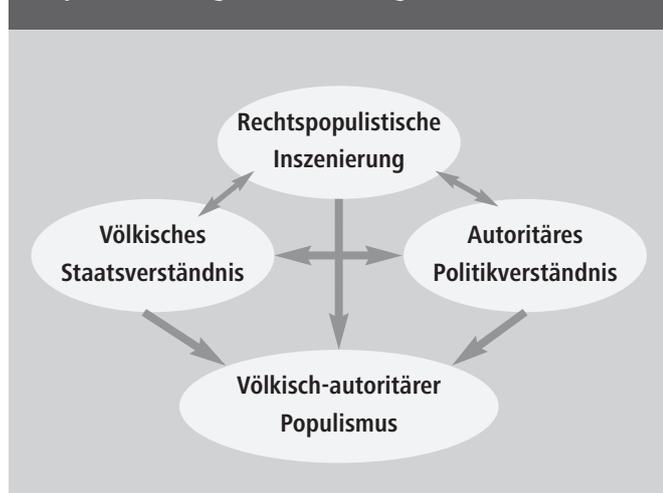
- Positiver Bezug auf historischen Faschismus
- Offener Antisemitismus
- Offene Ablehnung der Demokratie
- Proklamierter Systemsturz (»völkische Revolution«)
- Völkischer Rassismus
- Feindbilder: liberaler Verfassungsstaat, Einwanderungsgesellschaft, Linke, Migrant:innen, Jüdinnen und Juden

Rechtspopulistische Inszenierung:

- Proklamierte Abkehr vom Faschismus
- Taktische Abwendung vom allzu offenen Antisemitismus
- Taktische Befürwortung der »direkten Demokratie« (Volksentscheide gegen Minderheitenrechte)
- Parlamentarische Transformation der Demokratie (»illiberale Demokratie«)
- Regionalisierung, Kulturalisierung und religiöse Fundierung des Rassismus
- »Heimat, Glaube, Identität« als Schlagwörter rechter Identitätspolitik
- Feindbilder: liberaler Pluralismus, Muslime, Multikulturalismus, linke kulturelle Hegemonie (»68er«)

Völkisch-autoritärer Populismus der AfD: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Schaubild: Merkmale des völkisch-autoritären Populismus (eigene Darstellung)



⁸ Junge, Uwe (2017): Meldung auf Twitteraccount v. 29.12., https://twitter.com/uwe_junge_md/status/946869602553925634?lang=de (05.02.2018).

⁹ Weiß, Thorsten (2018): Facebook-Eintrag vom 02.02.2018, <https://de-de.facebook.com/ThorstenWeissafd/> (05.02.2018).

¹⁰ Höcke, Björn (2017): Dresdener Rede vom 17.01., <https://www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRFs> (05.02.2018).

¹¹ Vgl. Röhlig, Marc (2018): Auf National-Treffen der AfD: Björn Höcke spricht von Wölfen und Schafen – wie Goebbels. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bjoern-hoecke-nutzt-goebbels-anspielung-beim-kyffhausertreffen-in-sachsen-anhalt-a-00000000-0003-0001-0000-000002539482>

1.4 Rechte Identitätspolitik

Ein besonders wichtiges Merkmal des völkisch-autoritären Populismus ist eine rechte Identitätspolitik, die sich durch folgende Prägungen auszeichnet:

- Ethnonationalistische Herleitung von Identität
- Kulturell exkludierende Deutung nationaler Identität
- »Volksgemeinschafts«- statt Klassenidentität
- Begriffliche Vereinnahmung von Heimat, Glaube, Identität
- Identität als angeblich angeborenes und unveränderliches Merkmal einer »nationalen Gemeinschaft«

Das Schlagwort der Identität ist laut Georg Auernheimer (2020: 111) »als ›nationale‹ oder ›kulturelle Identität‹ zur zentralen Kategorie der Neuen Rechten geworden.« Ob das Schlagwort nun von der so genannten Neuen Rechten oder von der AfD in Anspruch genommen wird – gemeinsam ist ihnen laut Helmut Kellershohn (2020: 133), »dass sie letztendlich auf eine Entität (deutsches Volk, deutsche Kultur) rekurren müssen, deren einfache Identität (›wir sind wir‹) sie einerseits als immer schon gegeben voraussetzen, andererseits durch eine Bedrohung von außen (Migration, Islam) zu plausibilisieren suchen«. Verbindend ist hierbei »die vorgängige Setzung des ›Volkes‹ als Abstammungs- und Zeugungsgemeinschaft, als eines Identität stiftenden und einfordernden Kollektiv-Subjekts, das es gegen die Bedrohungen von außen zu verteidigen gilt«. (Ebd.: 146)

Nach Ansicht des Historikers Volker Weiss hat sich die Rechte hierbei nicht zuletzt auch die Kampfbegriffe aus dem US-amerikanischen Diskurs angeeignet: Angelehnt an Forderungen zum Schutz von Identitäten ethnischer und sexueller Minderheiten wurde seitens der Rechten die Forderung nach einem ›Safe Space‹ für nichtjüdische Weiße, für das Recht auf ›White Nationalism‹ laut nach dem Motto: »Wenn ihr die kulturellen Eigenschaften der Zuwanderer nicht hinterfragt, dann wollen wir auch keine Kritik an unseren, sondern ebenfalls ›Respekt‹. Die Rechte hat erkannt, dass dieser Diskurs einer allumfassenden Achtsamkeit das Ende jeder Gesellschaftskritik wäre, das Ende der Linken. Das wäre eine gute Basis zur Regeneration, bis sie schließlich wieder aus der Defensive kommen und zur ›Reconquista‹ schreiten könnte.«¹²

Das Gefährliche an der rechten Identitätspolitik ist ihre bewusste Ausklammerung der Klassenverhältnisse: Die sozioökonomischen

Umwälzungen in einem flexiblen und global vernetzten Kapitalismus haben massive Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse und wirken Umbrüche und massive Veränderungen von Klassenlagen mit der Folge von Verunsicherung und Abstiegsangst. Die rechte Identitätspolitik greift diese Ängste auf, formuliert sie antimaterialistisch um in eine personifizierende Pseudo-Kapitalismuskritik, die nicht die Ausbeutungsverhältnisse, sondern die angeblichen ›Volksfeinde‹ zum Objekt von Zorn und Aufbegehren stilisiert. Der französische Bourdieue-Schüler Didier Eribon hat diesen Mechanismus in einem autobiografischen Buch treffend beschrieben: »So widersprüchlich es klingen mag, bin ich mir doch sicher, dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchten, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit den Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.« (Eribon 2016: 124) In einem Interview mit der Zeitschrift Der Spiegel verweist er darauf, dass der Begriff der Identitätspolitik von der Rechten »als Kampfbegriff« verwendet werde, um »progressive Bewegungen als spalterisch und separatistisch zu dämonisieren«. (Eribon 2021: 111) Doch eine wesentliche Ursache für den Rechtsschwenk in der Arbeiter:innenklasse sieht er im Versagen der linken Parteien: »Viele linke Parteien haben eine rechte neoliberale Agenda übernommen und die sozialen Belange der unteren Klassen ignoriert. Sie haben die Zerstörung des Wohlfahrtsstaates und der öffentlichen Infrastruktur vorangetrieben.« (Ebd.: 111)

Die populistische Rechte hingegen besetzt diese politische Lücke und füllt sie mit rechten Identitätsangeboten und einer Politik der Angst.

Die rechte Identitätspolitik beinhaltet und mündet in die Prophezeiung einer völkischen Apokalypse, die bei der AfD zum Schreckgespenst eines angeblichen ›Aussterbens des deutschen Volkes‹ mutiert. Die AfD hat programmatisch ein Verständnis von Identität entwickelt, das sich gegen die multikulturelle Verfasstheit unserer Einwanderungsgesellschaft richtet. So heißt es in dem AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021:

»Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Unsere Identität bestimmt die grundlegenden Werte, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft

¹² Richardt, Johannes (2018): Interview mit Volker Weiss v. 05.12.2018: Rechte Identitätspolitik: Partikularismus und Opferdenken, https://www.novo-argumente.com/artikel/die_rechte_beanspruchht_fuer_sich_das_recht_auf_differenz_und_kommt_damit_du (20.06.2021).

und ist Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.«¹³

Nicht soziale und ökonomische Fragen werden also aufgeworfen, nicht um soziale Sicherheit und gesellschaftliche Solidarität wird gerungen, sondern die soziale Frage wird von einem Unten-Oben-Gegensatz auf einen Innen-Außen-Gegensatz verlagert: Das gesellschaftliche Schutzversprechen einer rechten Identitätspolitik verlagert sich auf ein völkisches Vergemeinschaftungsangebot, das im Hass auf ›Volksfeinde‹ ein Ventil für angestaute Wut anbietet.

¹³ AfD-Wahlprogramm 2021, <https://www.afd.de/wahlprogramm/> (20.06.2021).

2. Politische Entwicklung der AfD

2.1 Phasen kumulativer Radikalisierung

Die AfD legte seit ihrem knapp verpassten Einzug in den Deutschen Bundestag 2013 bis zum Jahr 2020 bei nahezu allen Wahlen kontinuierlich an Zustimmung zu und entwickelte sich zur stärksten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.¹⁴ Sie ist zudem in allen deutschen Landesparlamenten und im Europaparlament vertreten. Außenpolitisch hat sich die AfD zunehmend für die Zusammenarbeit mit radikal rechten Strömungen und Parteien geöffnet. Intensivere Verbindungen bestehen zur rechtsextremen FPÖ in Österreich, mit der die AfD im Februar 2016 eine »Blaue Allianz« beschlossen hat.¹⁵

Im Europaparlament zeigt die AfD ihre Zugehörigkeit zu den dort vertretenen rechtspopulistischen, nationalistischen und rechtsextremen Parteien: Gemeinsam u. a. mit der rassistischen italienischen Lega, der radikal rechten französischen Nationalen Sammlung (RN) und der ebenfalls radikal rechten FPÖ hat sich die AfD nach den Europawahlen 2019 unter dem Dach der Rechtsaußenfraktion »Identität und Demokratie« vereint.

Wichtig für die öffentliche Wirkung der AfD und Voraussetzung für ihre ersten Wahlerfolge war, dass ihr zentraler politischer Ursprung nicht im Rechtsextremismus – im Unterschied etwa zur NPD – zu verorten gewesen ist. Entstanden als zunächst mehrheitlich national- und wirtschaftsliberal ausgerichtete Rechtsaußenpartei mit rechtspopulistischer Rhetorik beherbergte die AfD zugleich ein nationalkonservatives Milieu, das sich im Laufe ihres politischen Werdegangs immer stärker mit dem ebenfalls schon seit Beginn mitwirkenden, jedoch anfangs nicht öffentlich bedeutungsvollen radikal rechten Milieu verband.

Ihr kontinuierlich beschrittener Weg nach Rechtsaußen kann als Prozess einer kumulativen Radikalisierung gedeutet werden. Dieser Begriff wurde von dem Historiker Hans Mommsen in Bezug auf die Entwicklung der NSDAP geprägt. Seiner Ansicht nach »ersetzte die Partei das, was wir unter Politik verstehen, durch bloße politische Mobilisierung vor dem Hintergrund eines vage definierten visionären Endziels. Das erzeugte die irrationale Dynamik, die diese Bewegung ausgezeichnet hat«. Diese Dynamisierung prägte zuerst der Partei, später dem Regime, »ein sozialdarwinistisches Muster auf«. Diese Mobilisierung von »institutionell nicht gebundenen Energien bei Teilen der NSDAP setzte dann den Prozess in Gang, den ich »kumulative

Radikalisierung« nenne. Man fand einen Ausgleich zwischen divergierenden Interessen nie im Kompromiss – das war vielmehr ein Schimpfwort – sondern immer nur in der Annäherung der jeweiligen Interessen an eine visionäre Gesamtlösung.«¹⁶ Ein vergleichbar dynamisches Muster lässt sich auch bei der AfD feststellen – die Partei ist in gewisser Hinsicht eine Getriebene ihrer eigenen rechtspopulistischen Zornpolitik: Durch ihre fortwährend gesteigerten politischen Tabubrüche setzte sie eine politische Radikalisierungsdynamik in Gang, die sie nicht mehr imstande ist zu bremsen. Denn diejenigen Kräfte, die einen politischen Einbruch durch diese Radikalisierung befürchten, werden ausgetauscht durch diejenigen Kräfte, die weiter an der rechtspopulistischen Eskalationsschraube drehen. Damit wurde die Partei zugleich zum Magneten des bislang weitestgehend randständigen übrigen Rechtsaußenpektrums und schuf zudem Erwartungen bei einer früher noch nicht parteigebundenen rechtsextremen Wähler:innenklientel. Zunehmend rechtsextreme Netzwerke in ihrem Umfeld und rechte Erwartungen von Wählerinnen und Wählern haben eine nahezu unaufhaltsame rechte Radikalisierungsdynamik in Gang gesetzt.

Zehn Radikalisierungsphasen

Im Laufe ihres politischen Werdegangs hat die AfD mehrere Häutungen durchlaufen, die als verschiedene Phasen einer stetig anwachsenden rechten Radikalisierung beschrieben werden können. Als erste politische Gelegenheit zur populistischen Inszenierung als »Deutsche Alternative« gilt die Euro-Krise: Mit ihrer Namenswahl setzte sich die AfD dem damaligen Credo von Bundeskanzlerin Merkel, die Rettung des Euro sei alternativlos, öffentlichkeitswirksam entgegen. Im AfD-Gründungsstadium boten die Euro-Krise und die Sarrazin-Debatte günstige Voraussetzungen für erfolgreichen rechten Populismus. Der ehemalige SPD-Politiker und frühere Finanzsenator des Landes Berlin Thilo Sarrazin kann hierbei als publizistisch-medialer Stichwortgeber der AfD-Themen gesehen werden. So verdeutlichen exemplarisch die Lobhuldigungen seiner Thesen durch den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke im rechten Querfrontmagazin Compact (9/2013) die von Beginn an ebenfalls vorhandene nationalistisch-einwanderungsfeindliche Stoßrichtung der AfD. Zugleich hatte die AfD schon in ihrer Gründungsphase enge Verbindungen zur politischen Strömung der sogenannten Neuen Rechten über die Wochenzeitung Junge Freiheit (JF), die von Beginn an als publizistisches Sprachrohr der Partei operierte, sowie über das neuechte Institut für Staatspolitik (IfS) und das Compact-Magazin (Gebhardt 2018).

¹⁴ Vertiefend hierzu s. Häusler (2018), woraus Teile für dieses Unterkapitel verwendet worden sind. S. Häusler, Alexander (2018): Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/271484/die-afd-werdegang-und-wesensmerkmale-einer-rechtsausenpartei> (20.06.2021).

¹⁵ AfD Bayern (2016): Die Blaue Allianz | Startschuss der Zusammenarbeit von AfD und FPÖ (28.03.2018).

¹⁶ Mommsen, Hans (1996): »Ständige Radikalisierung«. Interview, in: focus online vom 16.09., https://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-staendige-radikalisierung_aid_159859.html (03.08.2018).

Das Eindringen in ein ostdeutsches Wähler:innenmilieu kennzeichnete die zweite Entwicklungsphase der Partei und einen deutlichen Machtzugewinn ihres nationalkonservativ-neurechten Flügels, der sich in den ostdeutschen Bundesländern zunehmend als rechtsnationaler Widerpart zum westdeutsch-neoliberal geprägten Lucke-Flügel formierte.

In der dritten Entwicklungsphase der AfD führten zunächst die PEGIDA-Proteste in Dresden ab Herbst 2014 zu verschärften Konflikten der Rechtsaußenkräfte mit dem damaligen Führungskurs der Partei. Gegen den pro-atlantischen wirtschaftsliberalen Standortnationalismus der westlichen AfD-Führungskräfte setzten die völkische-nationalistischen Kräfte um den »Flügel« auf eine pro-russische Putin-Verherrlichung und die Hinwendung zu protofaschistischem Straßenprotest.

Mit der aus diesem Kreis initiierten »Erfurter Resolution« leiteten die völkisch-nationalistisch orientierten Parteikräfte die vierte Entwicklungsphase der AfD ein: einen ersten Kurs- und Führungswechsel auf dem Essener Bundesparteitag im Juli 2015. Dort unterlag Lucke der sächsischen AfD-Landesvorsitzenden Frauke Petry im Ringen um die Parteiführung. Petry errang ihren Sieg über Lucke mit Unterstützung des rechten »Flügels«. Resultat dieses Führungswechsels war der Parteiaustritt Luckes und die Abspaltung des wirtschaftsliberalen, pro-atlantischen Flügels von der AfD mit der darauffolgenden Gründung der Organisation »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (Alfa), im Herbst 2016 umbenannt in »Liberal-Konservative Reformen« (LKR).

Diesen Rechtsruck verstärkte die AfD in ihrer fünften Entwicklungsphase, die geprägt war von der Flüchtlingsdebatte, die ab Spätsommer 2015 stark den öffentlichen Diskurs dominierte. War die AfD nach dem Abgang Luckes kurzzeitig in Wahlumfragen noch bis unter 5 Prozent Zustimmung gerutscht, so änderte sich dies schlagartig mit der rassistischen Besetzung des Flüchtlingsthemas. Mit ihrer sogenannten Herbstoffensive 2015 leitete die AfD ihren Angriff auf die Asylpolitik der Regierung in nationalistischer Stoßrichtung ein: So bezeichnete die damalige AfD-Vorsitzende Petry auf der zentralen Demonstration in Berlin die Asylpolitik von Bundeskanzlerin Merkel als »Politik gegen das eigene Volk«. ¹⁷ Diese rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge und Einwanderung leitete zugleich die aktive »Bewegungsphase« der Partei ein. In einem Vortrag beim neurechten Institut für Staatspolitik im November 2015 definierte Höcke die AfD als »fundamentaloppositionelle Bewegungspartei«. ¹⁸

¹⁷ Petry, Frauke (2015): Rede auf AfD-Demonstration in Berlin am 7.11.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=tip9ljzXdXg&t=1365s> (20.06.2021).

Offen völkischer Nationalismus und Rechtsextremismus verdeutlichen den weiteren Radikalisierungsschub der Partei in ihrer sechsten Entwicklungsphase. In Sachsen-Anhalt sorgte der damalige Landesvorsitzende André Poggenburg durch einen Weihnachtsgruß seines Landesverbandes für Aufmerksamkeit, in dem er anregte, über die »Verantwortung für die Volksgemeinschaft« nachzudenken. Auf die öffentliche Kritik darauf bekundete er in einem Schreiben auf der Internetseite seiner Partei, es sollten wohl »einige völlig unproblematische und sogar äußerst positive Begriffe nicht benutzt werden«. Und weiter: »Das lassen wir uns nicht gefallen, denn wirkliche Freiheit fängt bei der Freiheit der Sprache an!«. ¹⁹ In einem Interview sprach sich Petry gegen die »Ächtung des Begriffs »völkisch« aus, den sie stattdessen »wieder positiv besetzen« wolle (Petry 2016). Der Historiker Michael Wildt deutete den Zweck solcher politischen Vorstöße darin, »ein völkisches Vokabular öffentlich »sagbar« werden zu lassen, das bislang als Sprache des Dritten Reiches gebrandmarkt war« (Wildt 2017: 117f.). Die berüchtigte Höcke-Rede Mitte Januar 2017 in Dresden auf Einladung des dortigen Jugendverbandes der AfD bekräftigte nachträglich die Richtigkeit dieser Deutung. Höcke bezeichnete dort das Berliner Holocaust-Denkmal als »Denkmal der Schande« und forderte eine »Erinnerungswende um 180 Grad«. ²⁰

Ein massiver Erfolg für das gesamte Rechtsaußenspektrum in Deutschland prägte die siebte Entwicklungsphase der AfD – ihr Einzug in den Deutschen Bundestag. Damit war es erstmals nach dem Einzug der Deutschen Partei 1949 ²¹ wieder einer deutschen Rechtsaußenpartei gelungen, in den Bundestag einzuziehen: diesmal gar als stärkste Oppositionspartei. Schon vor dieser Wahl verschoben sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse: Auf dem Bundesparteitag in Köln 2017 erlitt Petry durch die Nichtbehandlung ihres Zukunftsantrages eine deutliche Niederlage. Zum Spitzenduo für den Wahlkampf wurden Alexander Gauland und Alice Weidel gewählt. Nachdem der Partei der Einzug in den Bundestag am 24.09.2017 mit 12,6 Prozent Wählerzustimmung gelungen war, kam es kurz danach zu einem weiteren innerparteilichen Machtwechsel – dem Austritt der vormaligen Vorsitzenden Petry aus der Partei und der zweiten Gründung einer AfD-Nachfolgepartei unter dem Label »Die Blauen«, die (wie zuvor bereits Alfa und LKR) ebenfalls den Weg in die politische Bedeutungslosigkeit beschritt.

¹⁸ Kanal Schnellroda (2015): Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Höcke beim IfS, <https://www.youtube.com/watch?v=eZTw3ORSqIQ> (20.06.2021).

¹⁹ AfD Sachsen-Anhalt (2015): Liebe Bürger und Mitstreiter, v. 24.12.2015, <https://www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/photos/a.384418898339525.1073741828.363842953730453/898617830252960/?type=3> (20.06.2021).

²⁰ Höcke, Björn (2017): Dresdener Rede vom 17.01., <https://www.youtube.com/watch?v=WWWy4cYRFIs> (05.02.2018).

²¹ Über Direktmandate kam die DP auch 1953 und 1957 in den Bundestag.

Die achte Entwicklungsphase der AfD vollzog sich von der letzten Bundestagswahl bis zum Skandal um die Regierungsbildung in Thüringen im Februar 2020. Diese Phase war geprägt von der Verfestigung der AfD im parlamentarischen Gefüge der Landesparlamente: Während sie in den westdeutschen Bundesländern vergleichsweise niedrige Ergebnisse erzielte (Bayern 2018: 10,2 Prozent; Hessen 2018: 13,1 Prozent; Bremen 2019: 11,3 Prozent), konnte sie sich in den ostdeutschen Bundesländern als starke Oppositionskraft von rechts etablieren (Brandenburg 2019: 23,5 Prozent; Sachsen 2019: 27,5 Prozent; Thüringen 2019: 23,4 Prozent). Zunehmend zeigte sich, dass die Wahlzustimmung zur AfD nicht nur als Protestwahl motiviert war, sondern als bewusste Entscheidung für eine in der öffentlichen Diskussion weitestgehend rechtsextrem verortete Partei getroffen wurde. Ein politischer Dammbbruch ereignete sich im Frühjahr 2020: Nach den Landtagswahlen in Thüringen bediente sich der FDP-Chef Thomas Kemmerich bei der Wahl zum Ministerpräsidenten der Stimmen der AfD – ein politischer Tabubruch ersten Ranges, da hiermit erstmals der Konsens der demokratischen Parteien, mit der AfD nicht zusammenzuarbeiten, durchbrochen wurde. Obwohl Kemmerich an der Regierungsbildung letztlich scheiterte, offenbarte sich an diesem Beispiel, dass die AfD in ostdeutschen Landesparlamenten durchaus auch Zustimmung bei Abgeordneten von CDU und FDP erhalten kann und eine Zusammenarbeit im Bereich des Möglichen steht.

Die neunte Entwicklungsphase der AfD fällt in den Zeitraum des Beginns der ersten Corona-Ansteckungswelle im Frühling 2020. Hier zeigten sich für die Partei politische Unschlüssigkeit und Probleme im Umgang mit dem gesundheitlichen Ausnahmezustand: Während die AfD zu Beginn der Corona-Epidemie noch die staatliche Corona-Bekämpfung als zu lasch kritisierte, änderte sie im Zuge des Aufkommens einer verschwörungsgläubigen rechten Corona-Protestbewegung ihre Haltung um 180 Grad, indem sie auf dieses Protestgeschehen aufzuspringen versuchte (Steffen 2021). Zudem war diese Entwicklungsphase der Partei geprägt durch ihre Einstufung durch den Inlandsgeheimdienst als rechtsextremer Verdachtsfall.

Im Bundestagswahljahr 2021 steht die AfD in ihrer aktuellen zehnten Entwicklungsphase vor einer politischen Zerreißprobe – in den westdeutschen Bundesländern verliert sie in den Landtagen deutlich an Mandaten (Baden-Württemberg 2021: 9,7 Prozent; Rheinland-Pfalz 2021: 8,3 Prozent), während sie in der letzten Landtagswahl vor der Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt ihren Platz als zweitstärkste Partei festigen konnte (20,8 Prozent). Bei der kommenden Wahl steht für die AfD zur Debatte, ob sie mit ihrem erwiesenen rechtsextremen Kurs ihre bisherige Zustimmungshöhe erhalten bzw. ausbauen kann oder ob ihr dadurch ein Abbruch der Zustimmung

widerfährt. Ihre innerparteilichen Konflikte scheinen aktuell gedeckelt zu werden, um weitere Spaltungstendenzen vor dieser Wahl unterbinden zu können. Daher wird voraussichtlich wohl der Wahlausgang einen entscheidenden Einfluss auf den weiteren Kurs der Rechtsaußenpartei haben.

2.2 Volkspartei, »Lega Ost« oder faschistoide Bewegungspartei?

Die neue Volkspartei?

»Wir wollen auch im Bund Volkspartei werden«, verkündete der AfD-Parteivorsitzende Tino Chrupalla nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.²² In der Tat hat die AfD hier wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern ihr Wahlpotenzial ausbauen und verfestigen können: Nicht nur ist sie zur stärksten Oppositionskraft geworden, sondern sie hat zudem der Partei Die Linke vorerst den Rang als Vertreterin ostdeutscher Interessen abgelassen. Versteht man jedoch den Typus einer Volkspartei als Produkt einer ideologieübergreifenden und auf Pluralität und Kompromiss ausgerichteten politischen Ausrichtung, so lässt sich die AfD weniger als Volkspartei, sondern eher als rechte Weltanschauungspartei charakterisieren. Allerdings wird der schwammige Begriff der Volkspartei auch synonym mit Großpartei oder auch mit milieu- und schichtübergreifender Partei verwendet: So nannte der Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter etwa die NSDAP aufgrund ihrer sozial heterogenen Zusammensetzung eine »Volkspartei des Protests« (Falter 1991: 371). In diesem Sinne ließe sich die AfD in Ostdeutschland ebenfalls als eine milieuübergreifende rechte Volkspartei des Protests verstehen. Jedoch spricht dagegen, dass zum wesentlichen Merkmal ihrer rechtspopulistischen Selbstinszenierung gehört, sich von den so genannten Alt-Parteien als angeblich einzige »Alternative« zu distanzieren: Die AfD als selbsterklärte fundamentaloppositionelle Bewegungspartei zieht ihre Zustimmung aus der demonstrativen Verweigerung von Diskurs und Konsens. Der Soziologe Oliver Nachtwey sieht einen Niedergang der früheren Volksparteien im Kommen: Das, was in anderen Ländern Europas schon weiter fortgeschritten ist, vollzieht sich seit den letzten Jahren nun auch in Deutschland. Nachtwey deutet die AfD-Erfolge nicht zuletzt als Ergebnis einer »doppelten Krise der Repräsentation der unteren Klassen und ihrer Anliegen«²³ – sowohl sozial und ökonomisch durch die neoliberale Orientierung der ehemals

²² Litschko, Konrad (2021): AfD nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: Streit statt Feierstimmung. In: taz v. 07.06.2021, <https://taz.de/AfD-nach-der-Wahl-in-Sachsen-Anhalt/!5773123/> (20.06.2021).

²³ Nachtwey, Oliver (2019): System ohne Stabilität: Der Niedergang der Volksparteien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/februar/system-ohne-stabilitaet-der-niedergang-der-volksparteien> (20.06.2021).

großen Volksparteien als auch politisch durch die allgemeine Ausrichtung der Parteien »zur Mitte«. Einhergehend mit der postpolitischen Ausrichtung der Parteien als so genannte »catch all«-Parteien tat sich eine repräsentative Lücke für die AfD auf, welche sie »als chauvinistische Partei des Sozialprotektionismus« (ebd.) erfolgreich besetzen konnte.

Die Neue Rechte hingegen sieht in der Partei ein Handlungsfeld zur realpolitischen Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen. So erklärte der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann in der Jungen Freiheit: »Das nächste Ziel der Alternative für Deutschland ist die Organisation als ›Volkspartei neuen Typs‹. In die müssen die Hauptströmungen – Volkskonservative, Hayekianer, Deutschradikale, Sozialpatrioten – eingeschmolzen werden.« (Weißmann 2018)

Es ist der rechte Traum von dem Aufstieg einer Rechtsaußenkraft in Deutschland, die – ähnlich wie in Frankreich, Italien oder gar Ungarn – das bürgerlich-demokratische Lager zerreißt und zugleich die Linke dezimiert: Ostdeutschland erscheint hierbei als Experimentierfeld.

»Lega Ost«?

Dabei repräsentieren die Stimmen für die AfD in den ostdeutschen Bundesländern keinesfalls die gesamtdeutsche Situation. Gemessen an der Gesamtzahl der AfD-Wähler:innenschaft liegt aufgrund der höheren Bevölkerungsanzahl in Westdeutschland auch in absoluten Zahlen der höchste Anteil an Zustimmung: 3,9 Millionen Wahlberechtigte wählten zur Bundestagswahl 2017 in Westdeutschland die AfD, in Ostdeutschland waren es 1,9 Millionen. Schon Ende des Jahres 2015 warnte daher der neurechte Junge-Freiheit-Autor Weißmann vor einer Verzweigung der AfD als »Lega Ost«: In Anspielung auf die damalige italienische rechtsextrem-separatistische »Lega Nord« (vor ihrer Umbenennung in »Lega«) warnte er vor einem Abrutschen der AfD zu einer reinen Ostpartei: »Es ist überhaupt nicht entscheidend, ob die AfD es schafft, eine Fünf-, Sechs-, Zehn-, Fünfzehnprozentpartei zu werden. Entscheidend ist, daß sie zu einer Volkspartei wird, die die Chance hat, nicht nur eine Riegelstellung zu bilden, um Schlimmeres zu verhüten, sondern gestaltend tätig werden kann.« (Weißmann 2015)

Eine Rolle als »Volkspartei« wird der AfD in politischen Wahlkommentierungen der letzten Jahre allerdings lediglich in den ostdeutschen Bundesländern zugesprochen – in den westdeutschen Bundesländern ist ihr Zuspruch mittlerweile rückläufig.

Laut Marcus Balser (2021) von der Süddeutschen Zeitung erodiert die AfD jedoch nicht insgesamt, sie sei vielmehr »zur regionalen

Volkspartei« geworden – sie hat bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt »mehr Stimmen geholt als SPD, Grüne und FDP zusammen«. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marcus Wanderwitz, attestierte einem Teil der Bevölkerung »gefestigte nicht demokratische Ansichten« (ebd.) – in Ostdeutschland hat sich eine extrem rechte Kernwähler:innenschaft herausgebildet.

Der Blick auf Ost/West verstellt jedoch den Blick auf andere Ursachen: Laut einer Wahlanalyse von Robert Vehrkamp für die Bertelsmann-Stiftung prägen nicht regionale Herkunft, sondern soziale Milieus und Lebenslagen entscheidend die Wahlentscheidung. Demnach verlaufen die Wahlerfolge der AfD entlang der gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen Modernisierungsskeptiker:innen und Modernisierungsbefürworter:innen. Während sich die modernisierungsskeptischen Milieus sozial, ökonomisch und kulturell als Verlierer gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse sehen und sich von der etablierten Politik nicht mehr hinreichend repräsentiert fühlen, empfinden die Milieus der Modernisierungsbefürworter:innen genau das Gegenteil. Diese Konfliktlinie verlaufe nicht zwischen Ost und West, sondern gesamtgesellschaftlich und folge in Ost- und Westdeutschland ähnlichen soziokulturellen Mustern:

»Die Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Milieus sind jedoch um ein Vielfaches größer als die regionalen Ost-West-Unterschiede. Während sich im modernisierungsoptimistischen Milieu der Liberal-Intellektuellen in Westdeutschland nur 8 Prozent und in Ostdeutschland nur 13 Prozent für die AfD entscheiden, sind es im modernisierungsskeptischen Milieu der sozial Prekären im Westen 30 Prozent und im Osten 46 Prozent. Das zeigt: Nicht »die« Ostdeutschen wählen anders als »die« Westdeutschen, sondern es sind dieselben gesellschaftlichen Milieus, die in Ost- und Westdeutschland überdurchschnittlich häufig die rechtspopulistische AfD wählen.«²⁴

Vielmehr sollten daher die gesellschaftlichen Brüche der letzten dreißig Jahre, die gesellschaftlichen Verunsicherungen infolge eines neoliberal-flexiblen Kapitalismus sowie auch das in den ostdeutschen Bundesländern nach der Wende vollzogene Bestreben zur rechten Landnahme in eine Gesamtschau einbezogen werden. »Im Schatten der Erinnerung an Wende und Wiedervereinigung stehen der massive Anstieg rassistischer Gewalt, die temporäre Hegemoniefähigkeit einer rechten Jugendkultur und die Wahlerfolge rechter Parteien in den 1990er Jahren«, heißt es in einer kritischen Rückschau der Ar-

²⁴ Vehrkamp, Robert (2019): Gesamtdeutsche Konfliktlinie oder neue Ost-West-Spaltung? In: EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_3_2019_Gesamtdeutsche_Konfliktlinie_web.pdf (20.06.2021).

beitsstelle Rechtsextremismus des Vereins »Miteinander« aus Sachsen-Anhalt auf die Zeit von 25 Jahren deutscher Einheit.²⁵

Faschistoide Züge einer »Bewegungspartei«

Als »Geschenk« für seine Partei wertete der AfD-Stratege Alexander Gauland die Flüchtlingsdebatte im Kontext massiv steigender Umfragewerte ab Spätsommer 2015.²⁶ Mit ihrer sogenannten Herbstoffensive 2015 leitete die AfD ihren völkisch-nationalistisch untermauerten Frontalangriff auf die deutsche multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft ein: Einwanderung und multikulturelles Zusammenleben galten für die Partei fortan als politisches Grundübel. Diese Kampagne gegen die Aufnahme von Flüchtlingen leitete zugleich die aktive »Bewegungsphase« der Partei ein, die mit den von der AfD organisierten rechten Aufmärschen vor dem Erfurter Dom mit der Mobilisierung des Höcke-Flügels unter Beteiligung von Pegida-Anhängern, Hooligans und Neonazis teilweise faschistoide Züge annahm. Der von der AfD Ende August 2018 organisierte Aufmarsch in Chemnitz nach einem Todesfall auf einem Stadtfest offenbarte den protofaschistischen Charakter eines solchen »Bewegungsansatzes«.²⁷

Dieses rechtsextreme Protestgeschehen fand in der Corona-Krise milieuübergreifende Verbreiterung, bei der die AfD zunehmend die Rolle der Protestmitorganisierung wie deren parlamentarische Vertretung übernahm: Sinnbildlich dazu erklärte die Berliner AfD-Landesvorsitzende Kristin Brinker im Gespräch mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) ihre Partei zum »parlamentarischen Arm« der Anti-Corona-Proteste.²⁸ Es ist die Mobilisierung zum Aufstand, die der Rechtsaußenpartei Zulauf beschert – die AfD befeuert die rechte Mobilisierung des »Volkszorns«: So erklärte der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen in einer Rede anlässlich einer aktuellen Stunde im Bundestag gegen Hassrede und Hasskriminalität: »Wir geben dem gerechten Zorn in Deutschland einen zivilen, einen parlamentarischen Ausdruck.«²⁹ Zwar lässt sich die AfD nicht als genuin neofaschistische Partei mit organisierten Schlägertrupps in SA-Manier in

ihren Reihen charakterisieren. Allerdings ist sie durch ihr Zusammenwirken mit rechtsradikalen Gruppierungen und Protestakteur:innen in steigendem Maße zu einem parteipolitischen Dach einer völkisch-rassistischen Bewegung auf der Straße geworden: Sie droht gerade in Ostdeutschland zu einem Mobilisierungsfaktor einer völkisch-rassistischen Massenbewegung zu werden. Angetrieben wird dieser völkische Nationalismus unter anderem von dem Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke, der eine »strategische Option der ›galiläischen Dörfer« für eine »Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus« fordert, die sich »zu einer Auffangstellung und neuen Keimzelle des Volkes« entwickeln sollen (Höcke 2018b: 253). Nach Wunsch des AfD-Politikers könne »diese Auffangstelle eine Ausfallstellung werden, von der eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt« (ebd.). Hier offenbart sich ein völkisch-nationalistisches Vokabular, das angelehnt ist an die von Viktor Klemperer eindrücklich beschriebene *Lingua Tertii Imperii* – die Sprache des Dritten Reiches.

²⁵ Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.) (2015): Rassismus und Neonazismus in Zeiten des Umbruchs. Magdeburg, <https://www.miteinander-ev.de/wp-content/uploads/2017/09/ImSchattenderWende.pdf> (20.06.2021).

²⁶ Gauland, Alexander (2015): In: Umfragehoch: AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html> (20.06.2021).

²⁷ Campe, Ida/Mönch, Tim (2018): Das Experimentierfeld für den Aufstand, in: der rechte rand online, <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3620/chemnitz-experimentierfeld-aufstand/> (20.06.2021).

²⁸ rbb – Rundfunk Berlin-Brandenburg (2021): Berliner AfD erklärt sich zum »parlamentarischen Arm« der Anti-Corona-Proteste. 30.04.2021, <https://www.presseportal.de/pm/51580/4902999> (20.06.2021).

²⁹ Jongen, Marc (2019): Rede von Marc Jongen (AfD) im Deutschen Bundestag: »Gegen Hassrede und Hasskriminalität« am 7.11.19, unter: www.youtube.com/watch?v=thg-JDUm4PQ (20.06.2021).

3. Die AfD im Superwahljahr 2021

Im »Superwahljahr« 2021 stehen in der AfD zwei unterschiedliche Radikalisierungskonzepte zur Wahl.

Auf der einen Seite muss sich die Wirksamkeit einer Strategie beweisen, die vor allem von einem der beiden Bundessprecher, Jörg Meuthen, und der Mehrheit des Bundesvorstandes vertreten wird. Sie setzt auf eine »bürgerlich« wirkende Außendarstellung der Partei und strebt deren Akzeptanz in einem konservativ-demokratischen Spektrum an. Verhindert werden muss aus dieser Perspektive auf jeden Fall eine Einstufung der Partei als Verdachtsfall oder gar als erwiesen rechtsextremistische Bestrebung durch den Verfassungsschutz. Zu diesem Konzept gehört die Hoffnung auf eine – möglichst rasch angestrebte – Regierungsbeteiligung. Als Vorbild dienen Parteien wie die »Fidesz« in Ungarn, die italienische »Lega« oder die FPÖ in Österreich. Eine Distanz zu solch radikal rechten beziehungsweise bekennd antiliberalen Parteien ist nicht festzustellen. Im Gegenteil: Mit einigen dieser Parteien arbeitet die AfD im Europaparlament bereits zusammen – mit anderen sucht sie offensiv das Bündnis. Verfolgt werden solche Modelle einer »moderater« agierenden AfD vor allem in der Mehrheit der meisten westdeutschen Landesverbände.

Eine zweite Strategie wird von einer Mehrheit in den ostdeutschen Parteigliederungen und einer – offenbar wachsenden – Minderheit in den Landesverbänden im Westen vertreten. Dieses Konzept setzt auf eine klarer fundamentaloppositionell angelegte Rolle der AfD. Offensiv gesucht wird das Bündnis mit Protestgruppen auf der Straße, seien es »Querdenker« oder regionale Aktionen wie »Pegida« oder das »Bündnis Zukunft« in Südbrandenburg. Aus der Perspektive dieses Lagers in der AfD ist eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz faktisch nicht mehr zu vermeiden, da es sich bei dessen Ämtern auf Landes- und Bundesebene lediglich um einen »Regierungsschutz« handele. Meuthen wird vorgehalten, sein Kurs verweise die Unterschiede zu den »Etablierten« und sei Ursache sinkender Wahlergebnisse und schwacher Umfragewerte.

Dabei ist die früher häufig präferierte eindeutige Unterscheidung in radikalere »Flügel«-Kräfte und einen angeblich »gemäßigten« Teil der AfD mittlerweile überholt. Zumindest in einigen westdeutschen Landesverbänden haben sich Teile des moderater auftretenden Lagers von Meuthen abgewandt, weil sie in dessen Auftreten eine Gefahr für die Einheit der Partei befürchten. Ohne eine solche Abkopplung wären zum Beispiel die Aufspaltung der Fraktion und der Machtwechsel im Landesverband Niedersachsen sowie die Neuformierung der Landesspitze in Berlin nicht denkbar gewesen.

Bis zum (voraussichtlich) letzten Wahlsonntag des Jahres am 26. September werden sich die Akteur:innen der AfD darum bemühen, die Konflikte möglichst nicht offen ausbrechen zu lassen, um in den Monaten vor einem wichtigen Urnengang ein Bild der Geschlossenheit zu zeichnen. Durchhalten lässt sich das freilich nicht immer, wie der Dresdner Parteitag gezeigt hat, als der Bundesvorstand wegen der Abberufung des Leiters der parteiinternen Arbeitsgruppe Verfassungsschutz getadelt wurde. Und auch die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wurden von AfD-Politiker:innen nicht zuletzt mit Blick auf die Frage gedeutet, ob sie Munition im Streit über die strategische Orientierung liefern können.

Offen ausgetragen werden dürften die Konflikte aber erst nach der Bundestagswahl, spätestens beim Bundesparteitag im November, wenn ein neuer Parteivorstand zu wählen ist.

3.1 Wahlen 2021

Bei den drei bisherigen Landtagswahlen in diesem Jahr büßte die AfD an Stimmenanteilen ein. Besonders empfindlich waren die Verluste am 14. März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, etwas weniger ausgeprägt am 6. Juni in Sachsen-Anhalt.

In Baden-Württemberg, wo sie vor fünf Jahre mit 15,1 Prozent ihr bislang höchstes Ergebnis in einem westdeutschen Bundesland erreicht hatte, blieben der AfD nur noch 9,7 Prozent.³⁰ Hatten 2016 noch knapp 810.000 Bürger:innen für die AfD votiert, waren es diesmal nur rund 473.500. Infratest dimap zufolge verlor die AfD vorherige Wähler:innen an alle anderen Parteien, besonders deutlich freilich ans Lager der Nichtwähler:innen.³¹

Auch die beiden einzigen Wahlkreise, die die AfD bisher im Westen der Republik direkt gewinnen konnte, gingen wieder verloren: In Pforzheim verlor sie 8,4 ihrer zuvor 24,2 Prozent; in Mannheim I schrumpfte ihr Ergebnis von 23,0 auf nur noch 12,7 Prozent. 23 Abgeordnete konnte die AfD 2016 in den Stuttgarter Landtag schicken. Diesmal waren es, obwohl das Parlament wegen der Überhang- und Ausgleichsmandate größer geworden ist, nur 17: eine Frau und 16 Männer. Die neue Fraktion wirkt »gemäßigter« als die der vorherigen Wahlperiode.

³⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Landtagswahl, [https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA, t \(22.6.2021\).](https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA, t (22.6.2021).)

³¹ Tagesschau: Landtagswahl Baden-Württemberg 2021, Wanderung AfD, [https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-03-14-LT-DE-BW/charts/index/chart_700515.jpg, \(22.6.2021\).](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-03-14-LT-DE-BW/charts/index/chart_700515.jpg, (22.6.2021).)

In Rheinland-Pfalz sank der Stimmenanteil der AfD von 12,6 Prozent im Jahre 2016 auf nun nur noch 8,3 Prozent.³² Von knapp 270.000 Stimmen blieben ihr noch etwas mehr als 160.000. Vor fünf Jahren errang die Partei 14 Mandate in Rheinland-Pfalz. Diesmal waren es lediglich neun: acht Männer und eine Frau.

In beiden Ländern machten Politiker der AfD einerseits Corona, andererseits die Diskussion über eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz für das schwache Abschneiden ihrer Partei verantwortlich. Michael Frisch, Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz, klagte, die AfD sei als Oppositionspartei in der Corona-Pandemie kaum vorgekommen.³³ Das habe es der AfD schwer gemacht, ihre Botschaften an die Wähler heranzutragen. Ganz anders sah dies ihm zufolge vor fünf Jahren aus: »Wir waren auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise – das hat uns damals einen unglaublichen Zulauf bei den Wählern gebracht.« Meuthen sagte, auch wenn ein Gericht den Verfassungsschutz vorerst gestoppt habe, würden die Wähler aufgrund der breiten Berichterstattung die Verfassungsschutzbeobachtung mit der AfD assoziieren.³⁴

AfD-intern freilich wurde aber auch in Frage gestellt, ob der von Meuthen propagierte Kurs einer verbalen Mäßigung wähler:innen-wirksam ist. In Rheinland-Pfalz, einem (nach AfD-Maßstäben) eher »gemäßigten« Landesverband, äußerte Vize-Landeschef Bernd Schattner Zweifel.³⁵ »In RLP haben wir einen komplett liberalen Wahlkampf gefahren und sind trotzdem grandios gescheitert«, analysierte er. Nicht das »sogenannte Bildungsbürgertum« sei die Wählerschicht der AfD, sondern die Arbeiterschaft. »Gerade die spricht aber jemand wie Meuthen nicht an.«

Vor allem Meuthens Gegner setzten ihre Hoffnungen auf die Landtagswahlen am 6. Juni in Sachsen-Anhalt. Wie kaum ein anderer Landesverband ist Sachsen-Anhalts AfD »Flügel«-dominiert. Die durch einige Umfragen genährte Hoffnung, man könne im Magdeburger Landtag sogar zur stärksten Fraktion avancieren, erfüllte sich nicht. Mit 20,8 Prozent und einem Verlust von 3,4 Prozent wurde die AfD zwar erneut zweitstärkste Kraft mit deutlichem Vorsprung vor

Linken, SPD, FDP und Grünen, blieb aber mit mehr als 16 Prozentpunkten Abstand klar hinter der CDU zurück.³⁶ Knapp 221.500 Wählerinnen und Wähler stimmten für die AfD. 2016 waren es noch rund 272.500 gewesen. In das wegen der Überhangmandate der CDU und der erforderlichen Ausgleichsmandate größer werdende Landesparlament kann die AfD 23 Abgeordnete (2016: 25) entsenden. Nur ein AfD-Politiker zieht mit einem Direktmandat in den neuen Landtag ein; vor fünf Jahren waren noch 15 AfD-Kandidat:innen per Erststimme gewählt worden.

Meuthen bezeichnete das Ergebnis seiner Partei als »insgesamt gut und respektabel«, um dann aber einzuschränken: »Mit einem stärker in die Mitte zielenden, weniger allein auf Protest setzenden Wahlkampf« wäre »auch ein noch deutlich stärkeres Ergebnis möglich gewesen.«³⁷ Völlig anders bewertete Höcke das Ergebnis: Die Konsolidierung der AfD in Sachsen-Anhalt »gegen den seit 2016 nochmal gewachsenen Widerstand des polit-medialen Establishments« sei ein bedeutendes Ereignis.³⁸ Höcke: »Für meine Partei kann die Lehre aus der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nur lauten: Wir müssen mehr Osten im Westen wagen!«

Am 26. September stehen zwei Landtagswahlen sowie die Bundestagswahl an.

In Berlin will die AfD das Ergebnis von 14,2 Prozent verteidigen, das die Partei 2016 mit deutlich überdurchschnittlichen Ergebnissen im Osten der Stadt und schwächeren Werten in den westlichen Bezirken erreichte. Ein Parteitag bestimmte Anfang Juni eine Landesliste für die Wahl des Abgeordnetenhauses, wobei die Delegierten weitgehend den gemeinsamen Empfehlungen der ansonsten konkurrierenden Gruppen und Lager folgten.³⁹

In Mecklenburg-Vorpommern (2016: 20,8 Prozent) ist bereits jetzt absehbar, dass der Fraktion ein größerer personeller Umbruch bevorsteht. Bei einem Landesparteitag⁴⁰ wurden Mitte Mai die ersten zehn Listenplätze für die Landtagswahl bestimmt. Der Versuch des »Flügel«-nahen Abgeordnete Ralph Weber, Fraktionschef Nikolaus

³² Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: Landesergebnis, <https://wahlen2021.rlp.de/de/ltw/wahlen/2021/land/>, (22.6.2021).

³³ Süddeutsche Zeitung vom 14. März 2021: AfD erklärt Verluste mit günstigem Start 2016, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-mainz-afd-erklart-verluste-mit-guenstigem-start-2016-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210314-99-821715>, (22.6.2021).

³⁴ Süddeutsche Zeitung vom 14. März 2021: Meuthen sieht Foulspiel durch Verfassungsschutz, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-berlin-meuthen-sieht-foulspiel-durch-verfassungsschutz-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210314-99-819650>, (22.6.2021).

³⁵ Südwestrundfunk vom 23. März 2021: Spannungen in der rheinland-pfälzischen AfD: Vize-Landeschef Schattner bringt Sturz von Bundessprecher Meuthen ins Gespräch, <https://www.swr.de/report/presse/pressemitteilung-23-spannungen-in-der-rheinland-pfaelzischen-afd-vize-landeschef-schattner-bringt-sturz-von-bundessprecher-meuthen-ins-gespraech-/id=1197424/did=25411258/nid=1197424/jc032/index.html>, (22.6.2021).

³⁶ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Wahl des 8. Landtags von Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021, <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/erg/kreis/lt.15.ergtab.php>, (22.6.2021).

³⁷ Tagesschau vom 7. Juni 2021: Ein »respektables Ergebnis« sorgt für Streit, <https://www.tagesschau.de/inland/wahlen/sachsen-anhalt-afd-101.html>, (22.6.2021).

³⁸ Björn Höcke vom 6. März 2021, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/2955936284647638>, (22.6.2021).

³⁹ Der Tagesspiegel vom 5. Juni 2021: Berliner AfD wählt mit ungewohnter Einigkeit ihre Landesliste, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/burgfrieden-im-bierzelt-berliner-afd-waehlt-mit-ungewohnter-einigkeit-ihre-landesliste/27259324.html>, (22.6.2021).

⁴⁰ Blick nach rechts vom 17. Mai 2021: Machtkämpfe in der AfD, <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/macht-mpfe-in-der-afd>, (22.6.2021).

Kramer die Spitzenkandidatur streitig zu machen, schlug fehl. Sämtliche auf die ersten Plätze gewählten Kandidaten, von denen nur drei aktuell dem Landtag angehören⁴¹, sind eher dem Lager der sich moderater Gebenden zuzurechnen.

Ebenfalls am 26. September sollte in Thüringen vorzeitig ein neuer Landtag gewählt werden. Die Selbstauflösung des Landtags findet nun aber nicht statt, weil man auf die Stimmen der AfD angewiesen gewesen wäre. Dort hatte die AfD vor zwei Jahren 23,4 Prozent der Stimmen erzielt und war mit 22 Abgeordneten ins Erfurter Parlament eingezogen.

Den Höhepunkt des »Superwahljahrs« bildet die Bundestagswahl am selben Tag. 2017 zog die AfD mit 12,6 Prozent erstmals ins Parlament ein. Für die AfD waren seinerzeit 94 Abgeordnete gewählt worden. Mittlerweile gehören der Fraktion nur noch 88 Mitglieder an.

3.2 Innerparteiliche Konflikte

Auf zwei miteinander verschränkten Feldern trägt die AfD einen Konflikt aus, der sie zu zerreißen droht. Zum einen geht es um die strategische Orientierung – um die Frage, was die AfD primär sein soll: vor allem Parlamentspartei oder eher »Bewegungspartei«, die die Arbeit in den Parlamenten mit dem Auftritt auf der Straße, bei Kundgebungen und Demonstrationen verbindet. Für die erste Position steht vor allem das innerparteiliche Lager rund um Meuthen mit einer Mehrheit des derzeitigen Bundesvorstands. Zu seinen Gegnern in dieser Frage zählen einerseits die Kräfte, die sich am formal aufgelösten »Flügel« orientieren, aber auch jene Funktionäre, die nach den Maßstäben der AfD zwar zum »moderateren« Teil der Partei zu rechnen sind, gleichwohl jedoch fürchten, dass Meuthens Kurs zu einer Spaltung der Partei führen würde.

Ganz ähnlich verlaufen die Konfliktlinien auf einem zweiten Feld: Dass der Verfassungsschutz einen intensiveren Blick auf die AfD wirft, verunsichert viele Mitglieder und schreckt zumindest in einigen Teilen des Landes potenzielle Wähler ab. Ein Teil der AfD reagiert darauf, indem er die juristische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz mit dem Versuch kombiniert, im Inneren der Partei radikaler agierende Akteure an den Rand oder sogar aus der AfD zu drängen. Ein anderer Teil der Partei befürwortet zwar auch die juris-

tische Auseinandersetzung, hält es aber für unvermeidlich, wenn die Partei ins Visier der Verfassungsschützer gerät, und warnt davor, dass die AfD ihren Wesenskern aufgeben würde, wenn Maßstäbe des Verfassungsschutzes in der Partei Einzug halten würden.

Wenn möglich, versucht die AfD die Auseinandersetzung hinter verschlossenen Türen auszutragen. Selten wird so öffentlich gestritten wie Ende 2020, als der Konflikt zwischen Meuthens Lager und seinen Gegnern bei einem Parteitag im niederrheinischen Kalkar seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Wohl nur in der Endphase der Ära Bernd Lucke hatte zuvor ein AfD-Parteichef öffentlich so schonungslos mit den Gegnern in den eigenen Reihen abgerechnet wie Meuthen in Kalkar.

»Wir werden nicht mehr Erfolg erzielen, indem wir immer aggressiver, immer derber, immer enthemmter auftreten«, warnte Meuthen⁴² und kritisierte jene in der AfD, »die nur allzu gerne rumkrakeelen und rumprollen« würden. Unreife Mitglieder »bis hin zu hohen Mandats- und Amtsträgern« würden sich verhalten »wie trotzig Pubertierende mit Lust an billiger, zuweilen regelrecht flegelhafter Provokation, in der sie sich auch noch geradezu selbstverliebt gefallen«.

»Entweder wir kriegen hier die Kurve, und zwar sehr entschlossen und sehr bald. Oder wir werden als Partei in keineswegs ferner Zukunft in ganz, ganz schwere See geraten und gegebenenfalls scheitern«, zeichnete Meuthen das Bild einer Partei, die zu kentern droht. Die AfD, so mahnte er, dürfe sich ihre parlamentarische Arbeit nicht »von denen kaputt machen lassen, die eher von Systemwechsel und außerparlamentarischer Opposition schwärmen« würden. »Wer also gerne weiter Revolution oder Politikasperle spielen will, kann und sollte das dann woanders tun, aber bitte nicht in der AfD.«

Auch bei der Wahl von Bündnispartnern empfahl Meuthen mehr Sorgfalt: Bei den »Querdenkern« gebe es »nicht ganz wenige Zeitgenossen, deren skurrile, zum Teil auch offen systemfeindlichen Positionen und Ansichten den Verdacht nahelegen, dass bei ihnen tragischerweise noch nicht einmal das Geradeausdenken richtig funktioniert, geschweige denn echtes Querdenken«.

Der Widerspruch blieb nicht aus. Der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland attestierte Meuthen »zu viel Verbeugung vor dem Verfassungsschutz«.⁴³ Teilweise halte er dessen Rede für »spalterisch«. Parteivize Stephan Brandner warf Meuthen vor, einen »Torpedo«

⁴¹ Nordkurier vom 18. Mai 2021: AfD-Parteibasis straft große Teile der Fraktion ab, <https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/afd-partiebasis-straft-grosse-teile-der-fraktion-ab-1843558005.html>, (22.6.2021).

⁴² AfD Parteitag: Grundsatzrede von Bundesspecher Jörg Meuthen, 28.11. 2020, <https://www.youtube.com/watch?v=NvQp8ZrRjH4>, (22.6.2021).

⁴³ Blick nach rechts vom 30. November 2020: AfD: Alpträume im Wunderland, <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-albtr-ume-im-wunderland>, (22.6.2021).

gegen die AfD gezündet zu haben: »Du spaltest die Partei!« Hans-Thomas Tillschneider, stellvertretender Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt und ehemals einer der führenden Köpfe des »Flügels«, sprach gar von einer »Kriegserklärung an die eigene Partei«.

Unter den Delegierten des Bundesparteitags konnte Meuthen in Kal-
kar eine – wenn auch nur sehr knappe – Mehrheit hinter sich ver-
sammeln. Ausdiskutiert wurden die Differenzen dort nicht.

Gauland erklärte nach dem Parteitag, die AfD solle auch als Sprach-
rohr für Protestgruppen in die nächsten Wahlkämpfe ziehen: »Wir
sind eine Bewegungspartei, die auch Kontakt zu bestimmten Pro-
testgruppen pflegen sollte. Das gilt für »Querdenken«, aber auch
für Pegida in Dresden oder für den Verein Zukunft Heimat aus
Cottbus.«⁴⁴ Meuthen hingegen nannte die Bezeichnung Bewegungs-
partei irreführend.⁴⁵ Die AfD sei eine konservativ-freiheitliche Bürger-
partei. Sie vertrete im Parlament die Existenzsorgen vieler Menschen,
ohne aber als parlamentarischer Arm der sehr heterogenen Quer-
denker-Bewegung oder ähnlicher Bewegungen zu fungieren, sagte
er. Für seine Position erhalte er in der AfD »deutlich mehr Zustimmung
als Ablehnung«.⁴⁶

Der von Meuthen gemeinte, aber nicht direkt angesprochene Höcke
konterte bei einer Veranstaltung eine Woche nach dem Parteitag.⁴⁷
Eigentlich habe er vom Bundessprecher eine »Breitseite nach der an-
deren« gegen die »Deutschlandabschaffer« erwartet, sagte Höcke.
Meuthen habe sich hingegen auf »nicht genehme Teile der eigenen
Partei« gestürzt. »Was unsere Partei braucht, ist nicht der Applaus
von denen, die uns aufs Schärfste bekämpfen, ja, die uns hassen«,
schimpfte der Vormann des offiziell für aufgelöst erklärten »Flügels«:
»Was unsere Partei nicht braucht, das ist der erhobene Zeigefinger
eines Bundessprechers.«

Der AfD riet Höcke einmal mehr, »nicht nur Parlamentspartei«, son-
dern »immer auch Bewegungspartei« zu sein. Dank der »Querden-
ker« sieht er zusätzliche Chancen: »Eine neue, bunte Bürgeropposi-
tion formiert sich gerade.« Und während Meuthen befand, bei man-

chen »Querdenkern« funktioniere nicht einmal das Geradeausden-
ken, kam Höcke zu dem Schluss: Bei »Bürgerbewegungen« seien
»Stil- und Tonfragen in der prekären politischen Gesamtlage völlig
sekundär«.

Seinem Bundesvorstand attestierte er »viel zu wenig Mut« und »feh-
lende Souveränität« im Umgang mit dem Verfassungsschutz, der zur
»Oppositionsbekämpfung« missbraucht werde. Die »Defensivstrate-
gie« gegenüber der Behörde sei »grundfalsch«. Der Verfassungs-
schutz sei »in Teilen zumindest eine Antifa-Behörde« und »so verfas-
sungsfeindlich, dass er eigentlich selbst beobachtet werden müsste«. Unterwerfen dürfe man sich ihm nicht. »Zugeständnisse werden uns
nichts bringen.«

Der Streit verschärfte sich weiter, als der AfD-Bundesvorstand Ro-
land Hartwig, den vorherigen Leiter der parteiinternen »Arbeits-
gruppe Verfassungsschutz«, abberief.⁴⁸ Zerrüttet war Hartwigs Ver-
hältnis zu Meuthen seit Monaten. Deutlich war das nach dem von
Meuthen betriebenen Kalbitz-Rauswurf geworden. »Die Entschei-
dung wird rechtlich keinen Bestand haben«, widersprach Hartwig
seinem Parteichef. Kalbitz sei auch kein Rechtsextremist. Den »Flü-
gel« nannte Hartwig »eine politische Strömung in der AfD, eine na-
tionalkonservative, sozialpatriotische Strömung, die natürlich auch
demokratisch ist. Nichts am »Flügel« spricht ja dafür, Grundlagen der
Demokratie abzuschaffen und der Rechtsstaatlichkeit«. In Richtung
Meuthen warnte Hartwig, Geschlossenheit sei im Augenblick von
entscheidender Bedeutung: »Wer das nicht versteht, hat nicht be-
griffen, worum es hier gerade geht.« Offene Fragen habe die AfD
hinter verschlossenen Türen zu regeln: »Jeder, der das nicht tut,
jeder, der solche Themen nach außen trägt, schadet der Partei.«

⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 2020: Gauland greift Meuthen an, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bewegungspartei-erhalten-gauland-greift-meuthen-an-17111393.html>, (22.6.2021).

⁴⁵ Südwestrundfunk vom 21. Dezember 2020: AfD: Streit über Toleranz gegenüber Querdenkern, <https://www.swr.de/swraktuell/afd-streit-toleranz-100.html>, (22.6.2021).

⁴⁶ Die Welt vom 25. Dezember 2020: Der Überlebenskünstler, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus223069880/AfD-Chef-Joerg-Meuthen-Der-Ueberlebenskuenstler.html>, (22.6.2021).

⁴⁷ Björn Höcke in Höxter am 5.12.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=bsPZ9zKlwPo>, (22.6.2021).
blick nach rechts vom 6. Dezember 2020: 15 Minuten Einigkeit, <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/15-minuten-einigkeit>, (22.6.2021).

⁴⁸ Süddeutsche Zeitung vom 21. Dezember 2020: AfD löst Leiter der Verfassungsschutzgruppe ab, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-meuthen-verfassungsschutz-roland-hartwig-1.5154297>, (22.6.2021).

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Dezember 2020: AfD setzt Leiter der „Arbeitsgruppe Verfassungsschutz“ ab, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/machtkampf-in-der-afd-vorstand-setzt-roland-hartwig-ab-17113346.html>, (22.6.2021).
blick nach rechts vom 22. Dezember 2020: Logischer Rauswurf, <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/logischer-rauswurf>, (22.6.2021).

3.3 Parteitag in Dresden und Spitzenteam

Einstimmig beschlossen die rund 580 Delegierten des Dresdner Parteitags am 10. und 11. April 2021 ihr Programm zur Bundestagswahl. Zuvor hatten sie sich durch ein 253-seitiges Antragsbuch gearbeitet, das unter anderem 171 Änderungsanträge zum Entwurf des Wahlprogramms enthielt.⁴⁹ Weitere Anträge wurden spontan beim Parteitag eingebracht. Dabei befürwortete eine Mehrheit der Delegierten in zahlreichen Fällen Verschärfungen des Textes, der von den Fachausschüssen der Partei und der Bundesprogrammkommission vorbereitet und vom Bundesvorstand vorgelegt worden war. Obwohl insbesondere die Vertreter:innen des »gemäßiger« auftretenden Lagers in diversen Einzelabstimmungen unterlagen, votierten sie am Ende aber doch für das radikalisierte Dokument. Einige der beschlossenen Verschärfungen:

- Erstmals wird in einem Programm der Bundespartei ein »Dexit« gefordert. Mit großer Mehrheit beschlossen die Delegierten die Formulierung: »Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.« (S. 65) Die Vehemenz, mit der die Europäische Union in den letzten Jahren die »Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat« vorangetrieben habe, lasse die AfD erkennen, »dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen«.
- Explizit nahm die AfD die Möglichkeit eines »Grenzzauns« als Möglichkeit zum Schutz der deutschen Grenzen auf. (S. 117) Auch »physische Barrieren« könnten zur Sicherung der Staatsgrenzen gehören.
- Bei der Migrationspolitik will sich die AfD nicht mehr an Kanada oder Australien orientieren, sondern am weit restriktiveren Vorbild Japan. (siehe auch S. 125)
- Während im Leitantrag ein Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen »nur unter strengen Bedingungen« befürwortet wurde, fordert die AfD im beschlossenen Programm die »Ablehnung jeglichen Familiennachzugs für Flüchtlinge«. (S. 118)
- Geleugnet wird die Existenz eines Fachkräftemangels. (siehe auch S. 125) Im Programm heißt es nun: »Die Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten, in Deutschland herrsche Fachkräftemangel und damit ein Bedarf an qualifizierter Einwanderung, dient nur vordergründig dem Gemeinwohl und darf deshalb nicht maßgeblich sein.« Der »schädliche Einfluss

wirtschaftlicher Partikularinteressen oder gar damit kaschierter antideutscher Ressentiments« müsse beendet werden.

- Von der Bundeswehr verlangt die AfD unter dem Zwischentitel »Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands«, sie solle »wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen«. Die Tugenden des Soldaten seien Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. »Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte leben.« (S. 92)

War der radikalere Teil der AfD bei diesen Verschärfungen des Programms erfolgreich, verfehlte er in anderen Fragen eine Mehrheit. Dies betrifft vor allem zwei Komplexe:

- Waffenrecht: Die Antragsteller hatten eine »eine maßvolle Liberalisierung des Waffenrechts« gefordert (S. 108): »Gefährdete Bürger sollen zum Selbstschutz wieder Waffen führen dürfen, dies umso mehr, als die Polizei immer weniger in der Lage ist, einen effizienten Schutz zu gewährleisten.«
- Position zum Verfassungsschutz: Wenn dessen Reform nicht gelinge, sei seine Auflösung »dringend notwendig«, hieß es in einem Änderungsantrag. (S. 41)

In einer eigenen Resolution zur Corona-Politik forderten die Delegierten, »jedweden, auch indirekten, Zwang zur Durchführung von Tests, Impfungen, unter anderem durch Einführung sogenannter Schnelltest-Apps und des grünen Impfpasses, sowie Benachteiligungen für Maskenbefreite zu unterlassen«.⁵⁰ Zudem solle es »den mündigen Bürgern überlassen bleiben, in welchem Maße sie sich selbst schützen möchten«. Die täglich veröffentlichten Infektionszahlen dürften nicht mehr allein auf Labordiagnostik beruhen. Ins Wahlprogramm wurde der neue Passus aufgenommen: »Die Pflicht zum Tragen einer Maske lehnen wir ab.«⁵¹

Der sächsische AfD-Chef Jörg Urban bekannte sich ausdrücklich zu den Corona-Protesten auf der Straße.⁵² Mit den Bürgern dort verbinde die AfD mehr, als sie im Detail vielleicht trenne. Die AfD sei keine »sterile Parlamentspartei« und gehöre auch auf die Straße zu den Demonstranten. Urban: »Jeder Demonstrant, jeder Regierungskritiker ist ein potenzieller AfD-Wähler und vielleicht sogar ein künftiges Parteimitglied.«

⁴⁹ AfD: Antragsbuch zum 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, Stand 26. März 2021, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/03/2021-03-26_Antragsbuch_Dresden_anonymisiert.pdf, (22.6.2021). Die Seitenangaben in diesem Kapitel beziehen sich darauf.

⁵⁰ AfD vom 10. April 2021: Bundesparteitag in Dresden beschließt Corona-Resolution, <https://www.afd.de/bundesparteitag-in-dresden-beschliesst-corona-resolution/>, (22.6.2021).

⁵¹ Tagesschau vom 12. April 2021: Radikal in den Wahlkampf, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-parteitag-migration-corona-101.html>, (22.6.2021).

⁵² Die Welt vom 15. April 2021: Dresden untersagt auch Corona-Protest der AfD, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article230409875/Dresden-untersagt-auch-Corona-Protest-der-AfD.html>, (22.6.2021).

Anders als beim vorhergehenden Parteitag Ende 2020 in Kalkar, bei dem Bundessprecher Jörg Meuthen eine knappe Mehrheit der Delegierten hinter sich versammeln konnte, setzten sich diesmal seine Gegner weitgehend durch.⁵³ Das zeigte sich auch gegen Ende des Parteitags, als die Delegierten Meuthens Mehrheit im Bundesvorstand wegen der Entlassung des Leiters der parteiinternen Arbeitsgruppe Verfassungsschutz, Roland Hartwig, tadelten. Mit 217 zu 189 Stimmen forderten die Delegierten den Bundesvorstand auf, Roland Hartwig »mit sofortiger Wirkung« wieder als Leiter der Arbeitsgruppe Verfassungsschutz einzusetzen.

Als Niederlage Meuthens wurde auch das Ergebnis einer Online-Umfrage bewertet, bei der die aktuell noch 30.776 Mitglieder die Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl bestimmen konnten. Von 14.815 abgegebenen Stimmen (48,14 Prozent der Mitglieder) entfielen 10.462 auf Meuthens Ko-Bundessprecher Tino Chrupalla und die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (71,03 Prozent). Für das von Meuthen unterstützte Konkurrenzduo Joana Cotar und Joachim Wundrak votierten lediglich 3982 Mitglieder (27,04 Prozent).⁵⁴ Zwar waren Cotar/Wundrak von vornherein ohne realistische Siegchance; dass es seinen Favoriten aber nur gelang, etwas mehr als ein Viertel der abstimmenden Mitglieder hinter sich zu bringen, ist auch für Meuthen ein Misserfolg.

⁵³ Blog der Republik vom 11. April 2021: AfD-Parteitag: Rüffel für Meuthen, <https://www.blog-der-republik.de/afd-parteitag-rueffel-fuer-meuthen/>, (22.6.2021).

⁵⁴ AfD: Ergebnis der Mitgliederumfrage zum Spitzenduo, <https://www.afd.de/ergebnis-spitzenduo21/>, (22.6.2021).

4. Programm zur Bundestagswahl 2021

Einstimmig verabschiedete der Bundesparteitag in Dresden Anfang April 2021 das Wahlprogramm der AfD mit dem Titel »Deutschland. Aber normal«. Der in der Druckfassung mehr als 200 Seiten umfassende Text basiert auf den Zulieferungen der Bundesfachausschüsse und einem Leitantrag der Bundesprogrammkommission der Partei.⁵⁵ Allerdings erfuhr deren Entwurf diverse Verschärfungen. Mehr als 170 Änderungsanträge hatten Mitglieder für den Bundesparteitag eingebracht.

»Unmittelbare Demokratie«

Die AfD tritt auch in diesem Programm als die Vertreterin des Volkes auf. Diesem Volk stellt sie eine »politische Klasse« gegenüber, »deren vorrangliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt«. (S. 12) Sie setze »die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, die Stärke unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes aufs Spiel und stellt Multikulturalität, Diversität, Globalisierung und vermeintliche Genderngerechtigkeit über alles«. Die AfD halte die »unmittelbare Demokratie für ein unverzichtbares Mittel, um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten«. Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell sei für die AfD »nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen«. (13) Das Volk als Souverän müsse Träger »schicksalhafter Entscheidungen sein«. (14) Zu solchen Entscheidungen rechnet die AfD »Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder [...] Energiewende«. Im Gegenzug zu direkt-demokratischen Elementen solle der Bundestag »um etwa die Hälfte« verkleinert werden. (18)

Zuwanderung / Asyl / Integration / Islam

Im Kapitel »Migration, Asyl und Integration« beklagt die AfD die »desaströsen Folgen der unregulierten Massenzuwanderung seit 2015« und nennt konkret: »überproportionale Zuwandererkriminalität, Terroranschläge und islamischer Separatismus« sowie »dreistellige Milliardenkosten, Wohnraummangel und die hohe Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderern«. (89f.) Sie empfiehlt »ein Schutzsystem des 21. Jahrhunderts in Anlehnung an das japanische Modell«. Zu einem solchen Schutzsystem gehören nach der Vorstellung der AfD unter anderem die »Ablösung der überholten internationalen Regelwerke, wie der Genfer Flüchtlingskonvention«, und die »Zurückweisung von Asylsuchenden bei Einreise an der Grenze«. Humanitär aufgenommen werden dürften nur »vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen, für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsord-

nung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist«.

Solange ein dauerhafter und wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen fehle und die »untaugliche überstaatliche Rechtslage« fortbestehe, müsse Deutschland die Kontrolle der Grenzen und die Unterbindung illegaler Grenzüberschreitungen selbst in die Hand nehmen. (92) Die Grenzen müssten mit einer modernen und wirksamen Sicherung ausgestattet werden. »Um die »Grüne Grenze« mit derselben Effektivität überwachen zu können, wird ein umfassendes und modernes Grenzsicherungskonzept erarbeitet. Hierzu können auch physische Barrieren wie z. B. Grenzzäune zur Sicherung der Staatsgrenzen gehören.«

Abgelehnt wird zudem »jeglicher Familiennachzug für Flüchtlinge«. (94) Gefordert wird eine »Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und -betreuung. Nichtstaatliche, freie Träger, die in diesem Bereich meist tätig seien, hätten ein finanzielles Interesse an steigenden Flüchtlingszahlen und am Verbleib möglichst vieler Abgelehnter: »Diese Organisationen zählen zur »Asyl-Industrie«, die sich am Asylsystem bereichert.« Aufgehoben werden solle die Kirchenasyl-Vereinbarung zwischen Kirchen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zudem verlangt die AfD eine »Abschiebeoffensive« sowie eine nationale und supranationale »»Remigrationsagenda« als Schutzgewährung in Herkunfts- und Transitregionen nach dem Grundsatz »Hilfe vor Ort««. (95) In Deutschland sollten Sozialleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige »ausnahmslos als Sachleistungen« erbracht werden. (97)

Vorbild einer »identitätswahrenden Migrationspolitik« könnten für Deutschland nicht klassische Einwanderungsländer von der Größe Kanadas oder Australiens sein, sondern »eher Länder wie Japan, die eine ihrer Landesstruktur entsprechende Begrenzung und Steuerung der Migration verfolgen«. (99) In Zweifel gezogen werden Warnungen vor einem Fachkräftemangel: »Die Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten, in Deutschland herrsche Fachkräftemangel und damit ein Bedarf an qualifizierter Einwanderung, dient nur vordergründig dem Gemeinwohl und darf deshalb nicht maßgeblich sein. Der schädliche Einfluss wirtschaftlicher Partikularinteressen oder gar damit kaschierter antideutscher Ressentiments muss beendet werden.«

Beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit will die AfD wieder zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt. (101)

⁵⁵ AfD: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, (22.6.2021). Alle in diesem Kapitel angeführten Seitenangaben beziehen sich auf dieses Programm

Grundsätzlich fordert die AfD: »Deutsche Leitkultur statt »Multikulturalismus««. (158) »Kulturrelativismus und Multikulturalismus« würden zu einem Neben- und Gegeneinander von Parallelgesellschaften führen, denen es an gemeinsamen Werten für das Zusammenleben fehle. »Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz vor dem Islam seine tradierte Kultur verliert.«

Zwar räumt die AfD ein: »Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die Grundrechte anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft« (84), sät in der Folge jedoch vor allem Misstrauen. Der Islam gefährde den inneren Frieden und sei mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar, soweit er »einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, die Rechtsgrundsätze der Scharia auch in Deutschland durchsetzen will und unsere Rechtsordnung nicht voll anerkennt oder sogar bekämpft«.

Gesetzlich verbieten will die AfD die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen in Deutschland durch islamische Staaten. (85) In Deutschland predigende Imame sollen sich zum Grundgesetz bekennen und »möglichst« in deutscher Sprache predigen. Abschaffen will die Partei islamtheologische Lehrstühle an deutschen Universitäten. (86) Die Stellen seien der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen. Islamunterricht soll es an staatlichen Schulen nicht mehr geben, lediglich eine »sachliche Islamkunde im Ethikunterricht«. Islamunterricht an deutschen Schulen diene derzeit nicht der Integration, »sondern fördert ein Verharren in Einstellungen, die echte Integration verhindern«. (152)

Kopftücher sollen als religiös-politisches Zeichen aus dem Öffentlichen Dienst generell verbannt »und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen werden«. (86) Minarett und Muezzinruf werden als »mit einem toleranten Nebeneinander der Religionen« nicht vereinbar dargestellt.

EU / Euro/ Außen- und Sicherheitspolitik

Erstmals plädiert die AfD in einem bundesweiten Programmdokument für einen »Dexit«: »Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.« (30) Zur Begründung heißt es: »Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen.«

Stattdessen plädiert die AfD für ein »Europa der Vaterländer als einer Gemeinschaft souveräner Staaten, die auf all jenen Gebieten

zusammenarbeiten, die gemeinsam besser gestaltet werden können. Dazu gehört insbesondere ein freier Handel mit fairem Wettbewerb«. (28) Die AfD wolle »den souveränen, demokratischen Nationalstaat« erhalten. »Nur dort kann Volkssouveränität gelebt werden, die Mutter und das Herzstück der Demokratie.«

Der EU wirft die AfD vor, mit der Einführung des »Corona-Wiederaufbaupaktes« die Transferunion »in eine neue Dimension« zu heben. Eine solche Transferunion stehe nicht nur im Widerspruch zu den europäischen Verträgen und den Versprechen der deutschen Politiker, sondern werde den Abstieg aller europäischen Volkswirtschaften und Konflikte zwischen den Staaten zur Folge haben. Die EU treibe zudem »die Fehlentwicklungen in der Klima- und Energiepolitik [...] durch unvorstellbar kostspielige Gesetzes- und Subventionspakete voran«. Das »langfristige Unheil dieser Verschuldungs- und Umverteilungs-Eskapaden« werde vor allem den deutschen Steuerzahler treffen. (29)

Für »gescheitert« erklärt die AfD den Euro. Dessen Geschäftsgrundlage sei schon seit über zehn Jahren zerstört. Mit der Corona-Krise seien aber »nun auch noch die letzten Hemmungen zum Verfassungsbruch gefallen«. Die AfD kritisiert: »Wir erleben heute eine vertragswidrige, sogar sozialistische Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen und eine Verschuldung auf Ebene der EU sowie eine verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige Wirtschaftspolitik durch die EZB – alles weitgehend auf Deutschlands Kosten.« (50)

Deutschland müsse diese »Transferunion« aufkündigen und »den Irrweg der Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden«. (51) Die AfD fordert eine sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme der EU, »die zu Lasten künftiger deutscher Generationen gehen würde. Wenn Kredite zur Abmilderung der Folgen von überzogenen Corona-Maßnahmen der Regierung aufgenommen werden, dann darf dies ausschließlich auf nationaler Ebene geschehen«. (52) Die Bundesregierung dürfe keinen EU-Corona-Programmen zustimmen, »für die Deutschland nur mithaftet, aus denen es wenig Leistung erhält, aber durch die drohende Inflation zusätzliche Schäden erleiden wird«.

Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) lehnt die AfD ab. (62) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker dürfe nicht durch die Agenden zwischenstaatlicher Organisationen ausgehöhlt werden. Sicherheitspolitisch sei langfristig die Erlangung strategischer Autonomie für Deutschland und seine europäischen Partner anzustreben. (62) Die Mitgliedschaft in der NATO und eine aktive Rolle Deutschlands in der OSZE seien bis auf Weiteres zentrale Elemente der Sicherheitsstrategie – wobei die NATO aber wieder ein

reines Verteidigungsbündnis werden müsse und ihr Einsatzgebiet auf das Gebiet der Bündnisstaaten zu begrenzen sei. (64)

Die AfD plädiert für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, ergänzt um ein »Gemeinschaftsdienstjahr« in den Bereichen Pflege, Feuerwehr oder Technisches Hilfswerk für Frauen und für jene Männer, die sich nicht für den Wehrdienst entscheiden würden. Um Loyalitätskonflikte zu vermeiden, solle der Dienst in den Streitkräften »ausschließlich Deutschen vorbehalten sein, die über keine andere Staatsangehörigkeit verfügen«. (68) Nach Vorstellung der AfD soll die Bundeswehr »wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte leben. Sie helfen, soldatische Haltung und Tugenden – auch in der Öffentlichkeit – zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon«. (67)

Familie / Bildung / Gender

Familienpolitik versteht die AfD vor allem als Element einer Demografie- und Identitätspolitik. »Eine Fortsetzung der herrschenden, familienzersetzenden Politik wird die demografische Katastrophe, in die wir geraten sind, weiter verschlimmern. Am Ende dieses Prozesses steht auch der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme und letztlich unserer kulturellen Identität.« (104) Dem »familienfeindlichen Zeitgeist« will die Partei »eine positive, familienfreundliche Sozialpolitik« entgegenstellen. Als Elemente nennt sie unter anderem:

- steuerpolitisch ein Familiensplitting, eine Anhebung des Kinderfreibetrages, die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs (106),
- die aus Steuermitteln finanzierte Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 Euro pro Kind, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern (106, 129),
- ein Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes (107),
- ein Ehe-Start-Kredit für junge Familien, der mit jedem Kind teilweise erlassen würde, beschränkt auf Deutsche und EU-Bürger, die seit mindestens 20 Jahren in Deutschland leben (108).

Familie beschreibt die AfD als »Keimzelle unserer Gesellschaft«, die aus Vater, Mutter und Kindern bestehe. (104) Von »linksgrüner Seite« werde die Institution Familie »aus ideologischer Motivation heraus diskreditiert, um sie durch andere Leitbilder zu ersetzen«. Als Staatsziel ins Grundgesetz will die AfD eine kinderfreundliche Gesell-

schaft aufnehmen lassen: »Das stärkt Familien und verpflichtet die Politik zu echter Familienfreundlichkeit – im Gegensatz zur Aufnahme von »Kinderrechten« ins Grundgesetz, die dem Staat nur »die Lufthoheit über den Kinderbetten« sichern soll.« Gesonderte »Kinderrechte« würden nur die Elternrechte schwächen. (108) Über soziales Marketing solle für Familiengründungen und »das Leitbild der Drei-Kind-Familie« geworben werden. (109)

Die AfD beklagt, dass »Ideologen verschiedener Richtungen« versuchen würden, Kinder möglichst früh zu beeinflussen (113f.), was »bereits im Dritten Reich und in der DDR in großem Stil praktiziert« worden sei »Politische Ideologien, wie z. B. Genderwahn und Klimahysterie, werden den Kindern heute schon im Vorschulalter nähergebracht.« Die AfD fordert, »Kitas und Schulen von Angst und Hysterie freizuhalten und eine positive Lebenseinstellung zu vermitteln.« Kritisiert wird auch eine »Frühsexualisierung«. Die »Sexualpädagogik der Vielfalt« versuche, Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen.

Unter der Überschrift »Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung« spricht sich die AfD gegen »jede Art von Quoten« aus. Sie seien leistungsfeindlich, ungerecht und würden eine verfassungswidrige Diskriminierung derer darstellen, die nicht in den Genuss der Quote kämen. (24) Frauenquoten betrachte die AfD nicht als fortschrittlich: »Sie stellen eine Form der Diskriminierung dar und verfestigen das Bild, dass ein erfülltes und anerkanntes Leben für Frauen nur durch eine berufliche Karriere erreicht werden könne.« (115)

Kein Geld dürfe es für »Gender Studies« geben. (154) Kern der »Gender-Ideologie« sei die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen würden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet, klagt die AfD und meint: »Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie.« Alle Fördermittel für die auf der »Gender-Ideologie« beruhende Lehre und Forschung seien zu streichen. Gleichstellungsbeauftragte seien abzuschaffen. (109, 154) Bei der Besetzung von Stellen müsse allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden. Zudem lehne die AfD »politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie [...] ab. (153) Die »sogenannte »gendergerechte Sprache« sei eine groteske Verunstaltung der deutschen Sprache und schaffe keine Gleichberechtigung. (159)

Abgelehnt werden von der AfD auch »sog. »Antidiskriminierungsgesetze«. (23) Die Partei trete für die Bewahrung beziehungsweise

Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein: »Zentraler Grundwert einer freiheitlichen Zivilrechtsordnung ist die Vertragsabschlussfreiheit, also die Freiheit jedes Einzelnen, selbst darüber zu entscheiden, ob er mit einem anderen Bürger in rechtliche Beziehungen treten will oder nicht.«

Bildungspolitisch verlangt die AfD »Mut zur Leistung statt Akademisierungswahn«. (148) Sie plädiert für ein »mehrgliedriges Schulsystem«: »Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.« Dabei müssten die Bildungsstandards aller Schulformen und Bildungseinrichtungen wieder auf das Niveau einer führenden Wissenschafts- und Industrienation gehoben werden. Zudem müsse die Förderschule wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden. (150) Unter dem Zwischentitel »Neutralität der Schule wiederherstellen« fordert die AfD: »Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein.« (151) Im Unterricht vermitteln sollen die Schulen hingegen »deutsches Kulturgut« – und das bereits ab der Grundschule. (152)

Corona

Als »inakzeptabel« bewertet die AfD die »unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen«. (134f.) Sie beklagt eine »Verunsicherung der Bürger mit willkürlichen Grenzwerten, nicht nachvollziehbaren Maßnahmen und Einschränkungen von Grundrechten durch Verwaltungsermächtigungen unter Umgehung der Parlamente«. Der Schwerpunkt freiwilliger Hygienemaßnahmen und Schutzbestimmungen müsse auf gefährdeten Bevölkerungsgruppen liegen. Die unverhältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen seien unverzüglich zu beenden, heißt es im Programm. »Die Pflicht zum Tragen einer Maske lehnen wir ab.« Eine direkt oder indirekt verpflichtende Impfung, Immunitätsausweise sowie Tracking-Apps oder sonstige Überwachungsmaßnahmen lehne die AfD ab. Ein Schnelltest oder ein PCR-Test, »dessen Falschpositiv-Rate zu künstlich überhöhten Inzidenzwerten führt«, dürfe »nicht länger die Grundlage für Freiheitsbeschränkungen durch staatlich verordnete Lockdowns, Zugangsbeschränkungen und Quarantäne sein«.

Wirtschaft / Arbeit / Soziales

Wirtschaftspolitisch setzt die AfD einem »Green Deal« der EU ihren »Blue Deal« entgegen: »Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wiederbeleben und Wohlstand für alle schaffen.« (46) Aufgabe des Staates solle die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen sein. Der Schutz vor Wettbewerb oder »staatlich verordnete Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke« gehörten nicht dazu. Die AfD lehne es ab, dass sich

die Bundesregierung zunehmend als Unternehmer verstehe und betätige. Sie nehme direkten Einfluss auf Unternehmen und Innovationen und versuche, die Wirtschaft durch Vorgaben und Subventionen zu steuern. »Diese Art von Staatswirtschaft führt regelmäßig in den wirtschaftlichen Niedergang.« Die AfD verspricht: »Wir wollen die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien.« (43)

Unter anderem durch eine »Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts« und eine »Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen« sollten nach dem Willen der AfD die Bürokratie abgebaut und der Staat effizienter gemacht werden. (45) Die AfD bekennt sich »zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen. Forderungen nach Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampfrhetorik oder vorsätzlich herbeigeführte Konflikte durch Vertreter linker Parteien lehnen wir dagegen entschieden ab. Sie gefährden den sozialen Frieden und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit«.

Steuerpolitisch will die AfD die Abschaffung von Grundsteuer, Vermögensteuer, Erbschaft- und Schenkungsteuer. (35) Zur Erbschaftsteuer heißt es »Generationsübergreifender Werterhalt zum Nutzen von uns allen wird seit Jahrzehnten durch sozialistische Gleichheitsvorstellungen und klassenkämpferische Neidgefühle verhindert. [...] Erbgänge sind zunächst Angelegenheiten zwischen Erblassern und Erben. Es gibt keinen akzeptablen Grund, aus Trauerfällen Steuerfälle zu machen.« (36)

Grundsätzlich sei es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland deutlich zu senken. (35) Als gutes Beispiel für eine große Steuerreform wird das Konzept des ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof genannt: »In Orientierung daran könnten, bei Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommensteuer), die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und etliche, nach ihrem Aufkommen betrachtet, weitere kleinere Verbrauchsteuern auf Bundesebene ersatzlos entfallen.« (34)

Mit ihren Positionierungen zur Arbeits- und Sozialpolitik versucht die AfD, vor allem bei Arbeitnehmer:innen zu punkten, ohne sich freilich auf konkrete Angaben – etwa bei der Höhe des Mindestlohns oder beim angestrebten regelmäßigen Renteneintrittsalter und -niveau – festzulegen. Die Partei spricht sich dafür aus,

→ Lohndumping in der Leiharbeit zu verhindern, indem Leiharbeiter vergleichbaren Stammarbeitnehmern hinsichtlich der

Entlohnung ab dem ersten Arbeitstag nicht nur mindestens gleichgestellt werden, sondern auch eine »Flexibilitätsprämie« erhalten (119),

- den Mindestlohn beizubehalten – was unter anderem mit dem »durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohn- druck« begründet wird. Zudem erklärt die AfD, der Mindestlohn erlaube »eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung« (119f.),
- das Arbeitslosengeld I »gerecht« zu gestalten, abhängig von der Dauer der Vorbeschäftigung (120),
- eine »Aktivierende Grundsicherung« als Alternative zum Arbeitslosengeld II einzuführen, bei der das erzielte Einkommen nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden würde (121),
- den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung zu senken (121).

In der Rentenpolitik verspricht die AfD »mehr Freiheitsrechte«. Die Entscheidung über den Eintritt in die Rentenphase gehöre in die Hand jedes Einzelnen. (127) »Wir wollen deshalb jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten. Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab. Wer länger arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente.«

Eine Verhinderung, zumindest aber eine deutliche Verringerung von Altersarmut verspricht sich die AfD von einer Änderung bei der Grundsicherung im Alter: Ein Viertel der Altersrente solle nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden. (127f.)

Um die Finanzierungsbasis zu vergrößern, soll sich eine Verbeamtung künftig auf hoheitliche Aufgaben beschränken, etwa bei Bundeswehr, Zoll, Polizei, Finanzverwaltung und Justiz. (128f.) Zudem plädiert die AfD für einen höheren Steuerzuschuss, um »der drohenden Überlastung der Beitragszahler« entgegenzuwirken. Dieser höhere Steueraufwand dürfe jedoch nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden: »Vielmehr sind die Steuerzuschüsse zur Rente durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik, gegenzufinanzieren.« Statt »linksgrüner« Weltrettungsprojekte« würden marktwirtschaftliche Freiheit und öffentliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft gebraucht, um über eine prosperierende Wirtschaft auch hohe soziale Standards finanzieren zu können. (126f.)

Bei der Krankenhausfinanzierung spricht sich die AfD für eine Abkehr vom System der Fallpauschalen und für die Einführung eines Individualbudgets für Krankenhäuser aus, »um auch in strukturschwachen Gebieten wohnortnah beispielsweise Notfalleinrichtungen, Abteilungen für Geburtshilfe und insbesondere die stationäre Behandlung von Kindern zu ermöglichen«. (136) Zur ambulanten Versorgung heißt es, nicht Kopfpauschalen, Budgetierung und willkürliche Honorarkürzungen innerhalb der GKV, sondern eine leistungsgerechte Bezahlung der Mediziner sichere eine bedarfsorientierte Betreuung des einzelnen Patienten. (137) Für Pflegekräfte fordert die AfD »eine leistungsgerechte angemessene Bezahlung [...] über einen Flächentarifvertrag mit steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen«. (140)

Für gescheitert erklärt die AfD den »bisherigen sozialen Wohnungsbau«. (170) Er könne nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen, führe zu Fehlbelegungen und verursache hohe Kosten für den Steuerzahler. Besser sei es, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen. »Staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreispbremse oder den Mietendeckel« lehnt die AfD ab.

Als Gründe der Probleme auf dem Wohnungsmarkt nennt die AfD »fehlenden Wohnungsneubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalte sowie die ungezügelt und gesetzeswidrige Migration«. Sie empfiehlt eine »substanzielle« Senkung der Baukosten. »Die AfD fordert daher die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzufahren.« (168)

Klima

Mit ihrem Einsatz gegen eine Politik des Klimaschutzes verfügt die AfD über ein Alleinstellungsmerkmal im Parteienspektrum. Entsprechend umfangreich fällt das Kapitel zum Thema im Wahlprogramm aus. »Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft (»Die Große Transformation« / »The Great Reset«) und bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß«, warnt die Partei. (174f.) Die AfD halte die »These« für falsch, »dass durch eine Dekarbonisierung, also den Verzicht auf die Nutzung von Kohle, Öl und Gas, eine vom Menschen gemachte »Klimakatastrophe« noch verhindert werden könne«. Bis heute sei nicht nachgewiesen, »dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist«.

Die jüngste Erwärmung liege im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, erklärt die AfD. Zudem bezweifelt sie, dass diese Erwärmung nur negative Folgen habe. »Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen.« Folgerichtig verlangt die AfD den deutschen Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen. »Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten »Klimaschutz«-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.« Jede Form der CO₂-Besteuerung sei abzuschaffen. (175)

Für unökologisch und unrealistisch erklärt die AfD eine komplette Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. (177f., 205) In Wäldern und Schutzgebieten dürfen nach ihrer Vorstellung keine Wind- und Solaranlagen errichtet werden. »Vorrangflächen für Windenergieanlagen sollen nur bei breiter Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden«, fordert die Partei. Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung müsse das Zehnfache der Gesamthöhe, mindestens aber 2,5 Kilometer, betragen. (177, 206) Die »Bevorzugung und Förderung« einer Wasserstoffwirtschaft lehnt die AfD ebenso ab wie eine »einseitige Förderung« der Elektromobilität.

Für die Sicherstellung der Energieversorgung benötige Deutschland weitere Gaskraftwerke, meint die AfD, die zudem einen Ausstieg aus der Kohleverstromung ablehnt: »Die AfD setzt sich für die Verstromung von Braun- und Steinkohle als grundlast- und regelfähige Energiequelle ein.« (178)

Die Laufzeit der verbliebenen Kernkraftwerke müsse sich nach der technischen Nutzungsdauer und ökonomischen Kriterien richten: »Eine Abschaltung aus anderen Gründen lehnen wir ab.« Kernenergie sei »minimalinvasiv und emissionsarm«. (179) Die Endlagerfrage werde von Kernkraftgegnern »politisch aufgebauscht«. Die AfD tritt für den Neubau von »sicheren Kernkraftwerken« ein. Sie fordere die Wiedereinrichtung von Kernforschungszentren und eine umfangreiche Beteiligung an internationalen Kernforschungsprojekten zur »Sicherstellung des notwendigen Wissens zum Betrieb und Bau von Kernreaktoren, zur Erforschung fortschrittlicher Reaktorkonzepte der Generation III+ und IV sowie von Brutreaktoren und Fusionsenergie«.

In der Verkehrspolitik wendet sich die AfD gegen eine »ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert«. (188) Die AfD unterstütze und fördere den motorisierten Individualverkehr als beliebteste Möglichkeit der Fortbewegung. Sie verlangt »den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels«.

Sofort zu stoppen sei wegen mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion die »einseitige Bevorzugung« von Elektromobilität. »Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird oder weiter existiert, muss eine Frage des technischen Fortschritts sowie des Marktes werden und darf nicht auf der Verbotspolitik der EU basieren.« (191)

Kultur- und Erinnerungspolitik

»In ihrer Gänze zu würdigen« sei die deutsche Geschichte, heißt es im Programm. Die offizielle Erinnerungskultur dürfe sich nicht nur auf die Tiefpunkte der Geschichte konzentrieren, sie müsse auch die Höhepunkte im Blick haben. »Ein Volk ohne Nationalbewusstsein kann auf die Dauer nicht bestehen.« Konkret wendet sich die AfD »gegen die Schmähung des Deutschen Kaiserreichs [...], das unzutreffend als rückständiger Unrechtsstaat diffamiert wird«. Die AfD wendet sich »gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht«. (160f.) In diesem Zusammenhang spricht sich die AfD auch gegen eine »pauschale Rückgabe von Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten« aus. (161) »Die Debatte um eine angeblich notwendige »Dekolonisierung« unserer Kultur, die mit einer Verteufelung des »weißen Mannes« einhergeht, stellt das Selbstverständnis unserer kulturellen Identität insgesamt infrage.«

Den »Mainstream-Medien« attestiert die AfD, sie hätten ihre elementare Aufgabe als vierte Gewalt aufgegeben und kritisch-objektive Berichterstattung gegen »Regierungslobhudelei« getauscht. (25) Sie beklagt eine »linke Dominanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in privaten Mainstream-Medien«. (165) Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk will die Partei zum »Grundfunk« umbauen. »Am Ende soll ein stark reduzierter Anbieter stehen, der ca. ein Zehntel des bisherigen Umfangs haben soll.« (164) Er solle nur die Aufgabe haben, die Bürger mit »neutralen Inhalten« aus den Sparten Information, Kultur und Bildung sowie mit regionalen Inhalten zu versorgen. »Zwangsbeiträge« und Werbung würden entfallen. Zur Finanzierung sollen Technologiekonzerne und Video-Streaming-Dienste herangezogen werden.

5. Rechte Arbeitnehmer:innenpolitik

Der AfD ist es trotz ihres im Grunde nach wie vor eher neoliberal und arbeitnehmer:innenfeindlichen Programm gelungen, mit Sozialpopulismus und Elitenschelte ein Protestpotenzial in der Wählerschaft der unteren Klassen an sich zu binden. Mit populistischen Anschuldigungen an die eher links stehenden Parteien, sie hätten ihr ursprüngliches Kernklientel aus den Augen verloren und durch ihre Fixierung auf Minderheiten »den Arbeiter« vergessen und verraten, versucht die AfD, sich auch in diesem Wählerlager zu verwurzeln. Es war der AfD-Strategie Alexander Gauland, der die populistische Mobilisierungskraft frustrierter deklassierter ostdeutscher Wählerschichten erkannt hatte und der schon früh die Parole ausgab, die AfD sei die Partei der »einfachen Leute«.

Seit Mitte des vorigen Jahrzehnts hat die AfD versucht, sich als »Partei der kleinen Leute« zu geben. Mit den »Arbeitnehmern in der AfD« (AidA), der »Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA) und dem »Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland« (Alarm) erlebten gleich drei »Arbeitnehmervereinigungen« in der Partei und ihrem Umfeld eine Blütephase. Der Sozialpolitik gewidmet sein sollte gar ein kompletter Parteitag. Im Bundestag inszenierte sich die AfD sozialpolitisch als »Anwältin der kleinen Leute«. ⁵⁶

Von den drei »Arbeitnehmervereinigungen« ist mittlerweile kaum noch etwas zu hören. Bei der als »Sozialparteitag« angekündigten Veranstaltung widmeten die Delegierten gerade einmal ein Drittel ihrer gesamten Tagungszeit sozialpolitischen Fragen – und dabei ging es mit Renten- und Gesundheitspolitik nur um zwei von vielen Themen der Sozialpolitik. Und bei ihrer Arbeit im Bundestag zeigt sich immer wieder, dass es der AfD in den seltensten Fällen darum geht, »wirklich alternative Politikangebote zu unterbreiten oder eigene Antworten auf aktuelle politische Herausforderungen zu geben«, sondern dass es ihr häufig ausreicht, »lediglich öffentlichkeitswirksam zu polemisieren oder zu kritisieren«. ⁵⁷

Vor der Bundestagswahl 2017 definierte die AfD erstmals in dieser Deutlichkeit Arbeitnehmer:innen als besondere Zielgruppe. ⁵⁸ Dazu zählten vormalige Nichtwähler:innen, aber auch abhängig Beschäftigte, die sich zuvor parteipolitisch anderweitig orientiert hatten. »Ostdeutschland sowie westdeutsche Industriegebiete, vor allem auch im Ruhrgebiet, wo die SPD noch überdurchschnittlich gute

Wahlergebnisse erzielt und bislang eine enge Bindung an die Arbeiterschaft und an das Kleinbürgertum hatte, erweisen sich zunehmend als fruchtbares Terrain für die AfD«, notierten die Autoren eines internen Papiers zur Strategie der Partei im Wahljahr 2017. (S. 22)

Für die AfD ansprechbar seien in solchen Regionen »vor allem die »kleinen Leute«, Arbeiter, Angestellte, einfache Beamte und kleine Selbständige, die politisch konservativ denken, in einfachen Reihenhäusern, Hochhaussiedlungen oder in prekären Stadtteilen leben«. Sie würden vom Staat Schutz gegen Verarmung und vor der Konkurrenz durch ausländische Billigkräfte, gegen Verwahrlosung ihres Wohnumfelds, gegen Kriminalität und schlechte Schulen für ihre Kinder und Enkel erwarten. Eine zentrale Botschaft der AfD in Richtung SPD laute: »Die SPD ist längst nicht mehr die Partei der »kleinen Leute«. Die SPD wird heute nicht mehr von Arbeitern und Angestellten, sondern von Verbandsfunktionären, Lobbyisten und Leuten aus dem öffentlichen Dienst mit Hochschulabschluss beherrscht.« (S. 23)

Zur Partei »Die Linke« hieß es in dem Papier, im Osten Deutschlands stünden AfD und Linkspartei im direkten Wettbewerb um Wählerstimmen aus dem Kleinbürgertum, der Arbeiterschaft und dem Prekariat. »Dort denkt man patriotisch, hält nichts von offenen Grenzen, möchte Sicherheit und sehnt sich nach »sozialer Gerechtigkeit«, aber nur für deutsche Staatsbürger.« Botschaft Richtung Die Linke solle sein: »Nur die AfD tritt für nationale Interessen und die Belange der »kleinen Leute« ein.« (S. 24)

Vergleichbare sozialpopulistische Signale sendet die Rechtsaußenpartei auch vor der Bundestagswahl 2021 aus, die insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen sollen. In ihrem Wahlprogramm spricht sie sich unter anderem gegen Lohndumping in der Leiharbeit, für einen Mindestlohn, für ein »gerechteres« Arbeitslosgeld I, für eine Alternative zu Hartz IV, für »mehr Freiheitsrechte« in der Rentenpolitik und eine Verhinderung, zumindest aber eine deutliche Verringerung von Altersarmut durch eine Änderung bei der Grundsicherung im Alter aus. ⁵⁹

Bislang scheint das Konzept der AfD, in der Arbeitnehmer:innenschaft zu punkten, Wirkung zu zeigen. Unter Angestellten erhält die Partei bei Wahlen eine Unterstützung, die etwa auf dem Niveau aller Wählenden liegt. In der Gruppe der Arbeiter:innen wird sie sogar deutlich überdurchschnittlich gewählt. Sogar unter Gewerkschaftsmitgliedern erzielt sie zumeist höhere Ergebnisse. ⁶⁰

⁵⁶ Tilo Giesbers und Ulrich Peters: Abstimmungsverhalten im Bundestag, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_8-20_AfD-web-2.AufI.pdf S. 9f., (27.6.2021).

⁵⁷ Ebd., S. 17

⁵⁸ Alternative für Deutschland: Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben – AfD-Manifest 2017, https://www.weser-kurier.de/cms_media/module_ob/2/1389_1_AfD-Strategie-2017_58a5b0701d8dd.pdf, (27.6.2021).

⁵⁹ S. o. im Kapitel zum Bundestagswahlprogramm.

⁶⁰ Dabei sind am Wahltag oder kurz darauf veröffentlichte Analysen zum Wahlverhalten von

Der Erfolg dieses rechten Populismus gründet auf einer erfolgreich betriebenen Hetze sowie auf einer rechten Identitätspolitik, die die Klassenfrage zur nationalen Frage umdichtet. Als »antimaterialistische Revision des Marxismus« bezeichnete der letztes Jahr verstorbene israelische Politologe und Historiker Zeev Sternhell den Faschismus – ein Merkmal, das zugleich auch in leicht modernisierter Form den heutigen populistischen Postfaschismus prägt. Anstelle einer materialistischen Analyse der Produktions- und Klassenverhältnisse tritt hierbei eine Moralisation und Nationalisierung des Politischen zutage. Statt (Klassen-)Analyse steht vielmehr eine personalisierte Politik der Feindbilder im Vordergrund: Nicht materielle Produktions- und Verhältnisse, sondern »volksfeindliche Eliten«, »Sozialschmarotzer« und »globale Strippenzieher« rücken dabei in den Fokus rechter Kampagnen – Wohlstandschauvinismus, völkischer Populismus und Antisemitismus ersetzen hierbei Kapitalismuskritik und Sozialreform. Mit völkischen Anrufungen an »das Volk« und faschistoiden Aufstandsappellen bietet die rechte Identitätspolitik einen Blitzableiter für Ängste, Demütigungen und Ressentiments an und zugleich werden rechte Politikangebote dadurch hoffähig gemacht.

Hierbei versuchen die Rechten, eine politische Lücke zu besetzen, die sich ihr in einem politischen Gelegenheitsfenster aufgetan hat: Die Änderungen der Arbeits- und Produktionsverhältnisse infolge von Dezentralisierung, Digitalisierung, neoliberaler Sozialstaatsersetzung sowie eine daraus resultierende Zunahme von Prekarisierung und Scheinselbstständigkeit bei gleichzeitig erfolgtem neoliberalen Schwenk der Sozialdemokratie zur »Mitte« bewirkten ein zunehmendes politisches und öffentliches Desinteresse an den Problemen der unteren Klassen. Zwar macht der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter je nach Betrachtung aktuell immer noch zwischen knapp 20-30 Prozent an der Gesamtgesellschaft aus, doch deren Lebens- und Alltagsrealität wurden im öffentlichen Diskurs zunehmend unsichtbar.

Nachdem die Auswertung von Wahlergebnissen in den letzten Jahren regelmäßig auf hohe AfD-Zustimmung in der Arbeiter:innenklasse verwies, wurde den abhängig Beschäftigten in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung wieder mehr öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. So verwies der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow in seiner Studie Die politische Ökonomie des Populismus darauf, dass es unterschiedliche ökonomische Ursachen für das Anwachsen autoritärer sowie auch emanzipativer Bewegun-

gen gäbe: Während in ärmeren Ländern einem linksorientierten Protest eher eine Bedrohung durch Globalisierung von Güter- und Kapitalströmen vorausginge, resultiere rechter Protest in reicheren (ehemaligen) Wohlfahrtsstaaten eher aus Prozessen von neoliberaler Globalisierung mit Lohndrückerei und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Zuwanderung und populistischen Debatten um Transferleistungen.

Oliver Nachtwey, Politikwissenschaftler von der Universität Basel, illustriert die Verunsicherungen am Bild des Fahrstuhls, der zunächst nach oben und dann wieder nach unten fährt: Die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs war eines der zentralen Versprechen der »alten« BRD – seit den 1980er Jahren jedoch begann dieser gesellschaftliche Fahrstuhl wieder nach unten zu fahren. Nach den versprochenen blühenden Landschaften zur Zeit der Wiedervereinigung erfolgte eine brachiale Abwicklung der Arbeitsstrukturen in Ostdeutschland, und heute ist Deutschland eines der weltweit reichsten Länder mit den größten Unterschieden zwischen arm und reich.

Laut dem Wiener Schriftsteller Robert Misik lässt sich der rechtspopulistische Aufstieg nicht erklären, wenn die verborgenen Verwundungen in einer Klassengesellschaft nicht in den Blick genommen werden: Während für das Kapital Globalisierung und fortwährender Wandel profitabel sind, hieße Wandel »für die Arbeiterklasse meist, dass du gefeuert wirst«. Das scheinheilige Verständnis für ihre Ängste und Frustrationen werde den unteren Klassen laut Misik nun von rechts geliefert: »Wo linke Identitätspolitik den »einfachen Leuten« sagt, »Ihr müsst euch ändern«, signalisieren rechte Populisten ihnen: »Ihr seid okay, so wie ihr seid.« Das ist letztendlich das Fundament ihres Erfolges.« (Misik 2018: 119)

Für Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena, sind solche Erfahrungen Ausdruck eines schon vor langer Zeit in Gang gesetzten Abwertungsprozesses in einer demobilisierten Klassengesellschaft. In einer empfehlenswerten Aufsatzsammlung zum Thema bemüht er zur Veranschaulichung das Bild einer Warteschlange: »Während man selbst vergeblich ansteht, werden – so die Wahrnehmung – andere, etwa migran- tische Minderheiten, bevorzugt, die nach Auffassung der Wartenden deutlich weniger geleistet haben, um sich den Traum vom besseren Leben zu erfüllen.«⁶¹ Dörre verweist darauf, dass die AfD bei Landtagswahlen mit 44 Prozent der Arbeiter:innen in Brandenburg, mit 39 Prozent der betriebsaktiven Arbeiter:innen in Thüringen und mit

Gewerkschaftsmitgliedern mit Zurückhaltung zu werten, da sie auf Selbsteinschätzungen der Befragten beruhen und unter anderem auch Organisationen umfassen können, die dem Deutschen Beamtenbund angehören, wie etwa die äußerst konservative Deutsche Polizeigewerkschaft.

⁶¹ Monath, Hans (2020): Arbeiter und die radikale Rechte. Interview mit Klaus Dörre. In: Tagesspiegel v. 05.12.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/arbeiter-und-die-radikale-rechte-die-afd-macht-die-unsichtbaren-sichtbar/26687036.html> (20.06.2020).

30 Prozent der Arbeiter:innen in Baden-Württemberg in dieser Wählergruppe als stärkste Partei hervorgegangen ist und der SPD und der Linken den Rang als »Arbeiterparteien« abgelaufen hat. Die AfD mache laut Dörre scheinbar »die Unsichtbaren sichtbar« und gebe den »Arbeitern das Gefühl, in der Öffentlichkeit eine Stimme« zu haben: »Das ist der Kitt für eine imaginäre Revolte, die sich gegen das Establishment richtet.«⁶²

Das Aufbrechen des sozialstaatlichen Schutzmantels habe zu einer schleichenden Verfestigung rechtspopulistischer Grundhaltungen geführt, die der Arbeitssoziologe in drei unterschiedliche Merkmale einteilt: Das erste Merkmal eines rebellischen Rechtspopulismus sei von einer Protestwählerschaft geprägt, die maßgeblich von prekarierten Bevölkerungsteilen dominiert sei. Sie nähmen wahr, dass (wie soeben geschildert) andere an ihnen vorbeiziehen und sie nicht berücksichtigt werden. Ein zweites Merkmal eines konservierten Rechtspopulismus sei geprägt von dem Abwehrverhalten sozial abgesicherter Arbeiter:innen: Hier spiele die Angst vor Abstieg eine große Rolle. Das zentrale Merkmal eines konformistischen Rechtspopulismus sei das Abwehrverhalten von hochqualifizierten Angestellten, die ihre sozialdarwinistische Leitungsorientierung und daraus abgeleitetes Aufstiegsberechtigungsempfinden entwertet sähen durch sozialstaatliche Maßnahmen und Flüchtlingsunterstützung.

Die Ergebnisse einer Befragung von Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionär:innen aus DGB, verdi und IG Metall durch ein Forschungsteam (Sauer u. a. 2018) veranschaulicht, dass auch in gut abgesicherten Kernbelegschaften Prekarisierung und Arbeitsverdichtung zunehmen und für rechtspopulistische Orientierungen empfänglich machen. Diese Entwicklung hat Folgen für die gewerkschaftliche Arbeit, wie die Auseinandersetzung von Björn Allmendinger, Sascha Howind u. a. mit dem Thema Rechtspopulismus in der Arbeitswelt verdeutlicht: So verweist in dieser Publikation Ursula Stöger auf die Notwendigkeit einer Arbeitspolitik, die »die Ursachen schlechter Arbeitsbedingungen politisiert und auf deren Beseitigung abzielt«. (Stöger 2018: 34) Nach Einschätzung von Stefan Dietl muss eine erfolgreiche gewerkschaftliche Strategie gegen Rechtspopulismus jedoch zugleich »gewerkschaftlichen Standortnationalismus« (Dietl 142) vermeiden, um den internationalistischen Gedanken gegen nationalistisches und rassistisches Konkurrenzdenken in Stellung bringen zu können.

Zugleich bedarf es einer verstärkten Aufklärung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit über Schein und Sein dieses rechten Sozialpopulismus: Denn konkrete Antworten bleibt die AfD zumeist schuldig.

Im aktuellen Wahlprogramm zum Beispiel auf die Fragen, wie hoch ein Mindestlohn oder die von ihr favorisierte »Aktivierende Grundsicherung« ausfallen sollte, welches angestrebte regelmäßige Renteneintrittsalter sie anstrebt oder welches Mindestniveau der Rente ihr vorschwebt.

Vollends konterkariert wird die arbeitnehmer:innenfreundliche Inszenierung des AfD-Programms zur Bundestagswahl durch die wirtschafts- und steuerpolitischen Aussagen. »Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wiederbeleben und Wohlstand für alle schaffen«, heißt es dort. Aufgabe des Staates solle die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen sein. »Wir wollen die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien.« Gefordert wird unter anderem eine »Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts«, abgelehnt werden eine »hetzerische Klassenkampfrhetorik« und »sozialistische Gleichheitsvorstellungen und klassenkämpferische Neidgefühle«. Steuerpolitisch empfiehlt die AfD die Abschaffung von Grundsteuer, Vermögensteuer, Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie indirekt auch der Gewerbesteuer.

Klar ist: Faschismus und neue extrem rechte Bewegungen sind die Totengräber der Arbeiter:innenbewegung. Deshalb haben Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in Gewerkschaften keinen Platz.

Klar ist ebenfalls: Die AfD vertritt eine arbeitnehmer:innenfeindliche Politik und ist auch deshalb für abhängig Beschäftigte keine »Alternative«.

⁶² Ebd.

- Allmendinger, Björn/ Howind Sascha (Hg.) (2020): Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Hintergründe, Erscheinungsformen, Handlungsoptionen. Hannover, Offizin-Verlag
- Auernheimer, Georg (2020): Identität und Identitätspolitik, Köln: PapyRossa.
- Balsler, Markus (2021): Geschlagen und gefährlich. Süddeutsche Zeitung v. 10.06.2021.
- Bierbicher, Thomas (2019): Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin: Matthes & Seitz.
- Buchberger, Wolfgang/Mitnik, Phillip (Hg.) (2019): Herausforderung Populismus. Multidisziplinäre Zugänge für die politische Bildung. Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.
- Cremer, Hendrik (2021): Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Warum die AfD als rassistische und rechtsextreme Partei einzuordnen ist, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster: Verlag westfälisches Dampfboot.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Eribon, Didier (2021): »Protest ist immer radikal und nie radikal genug«. Interview in: Der Spiegel v. 12.05.2021, S. 110-113.
- Falter, Jürgen W. (1991): Hitlers Wähler. München: Beck.
- Frei, Norbert (2016): Völkische Fantasien. In: Süddeutsche Zeitung v. 15.10.2016.
- Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Funke, Hajo (2021): Die Höcke-AfD. Eine rechtsextreme Partei in der Zerreißprobe. Hamburg: VSA.
- Gauland, Alexander (2016): Rede in Elsterwerda am 2. Juni 2016, in: FAZ v. 05.06.2016.
- Gauland, Alexander (2019): Populismus und Demokratie. In: ders.: Nation; Populismus, Nachhaltigkeit. Drei Vorträge. Schnellroda: Verlag Antaios. 27–50.
- Geiselberger, Heinrich (Hg.) (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin: Suhrkamp.
- Gebhardt, Richard (2018): »Mut zur Wahrheit«? Compact, Sezession und Junge Freiheit – das publizistische Netzwerk der AfD, in: Häusler, Alexander Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg: VSA, S. 109–116.
- Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie 17, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik
- Haas, Tobias (2020): Die Lausitz im Strukturwandel. In: Prokla #198. Berlin: Bertz+Fischer, 151–169.
- Häusler, Alexander/Küpper, Beate (i. E.): Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Runge, Maike: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020–2021. Berlin: Dietz Verlag, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter, 223–245.
- Häusler, Alexander (Hg.) (2018): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg.
- Häusler, Alexander / Küpper, Beate (2019): Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft. In: Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Berlin: 147–172.
- Höcke, Björn (2018b): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning, Lüdinghausen/Berlin.
- Holtmann, Everhard (2018): Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Jaschke, Hans-Gerd (Hg.) (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Springer VS.
- Jensen, Uffa (2017): Zornpolitik. Berlin: Suhrkamp.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.
- Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (Hg.) (2017): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan Sonderband 32. Baden-Baden: Nomos.
- Kellershohn, Helmut (2017): Volk, völkisch. In: Ahlheim, Klaus/Kopke, Christoph (Hg.): Handlexikon Rechter Radikalismus. Ulm: Klemm+Oelschläger. 135-137.
- Kellershohn, Helmut (2020): Identitätspolitik von rechts. In: Chlada, Marvin/ Höhmann, Peter/ Kastrup, Wolfgang/ Kellershohn Helmut (Hg.): Entfremdung – Identität – Utopie, Münster: Unrast, 132–147.
- Kohlstruck, Michael (2011): Völkische Geschichtsauffassung und erinnerungspolitische Argumentationen im Rechtsextremismus der Gegenwart, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte, Bd. 2, Stuttgart, 41–56.
- Korte, Karl-Rudolf (2015): »Es ist eine Gratwanderung, ob die AfD es schafft«. Interview. In: Deutschlandfunk v. 22.10.2015.
- Leggewie, Claus (2017): Europa zuerst! Eine Unabhängigkeits-erklärung. Berlin.
- Lucke, Albrecht von (2019): Die rechte Wende: Der ganz normale Osten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2019, Berlin: Blätterverlagsgesellschaft, 5–8.
- Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin: Suhrkamp.
- Misik, Robert (2019): Die falschen Freunde der einfachen Leute. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.

- Pfahl-Traughber, Armin (2018): Ist die AfD (rechts-)extremistisch? in: Blick nach rechts v. 23.03.2018. (12.05.2018).
- Petry, Frauke (2016): »Wir wollen keinen Bürgerkrieg« Interview. In: Die Welt v. 11.09.2016.
- Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt/New York: Campus.
- Priester, Karin (2016): Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 533–560.
- Richardt, Johannes (2018): Interview mit Volker Weiss. Rechte Identitätspolitik: Partikularismus und Ordnungsdenken. In: Richardt, Johannes (Hrsg.): Die sortierte Gesellschaft zur Kritik der Identitätspolitik, Frankfurt a.M.: Novo Argumente, 80–90.
- Ruhose, Fedor (2019): Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur, Wiesbaden: Springer.
- Sauer, Dieter / Stöger, Ursula / Bischoff, Joachim / Detje, Richard / Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg, VSA.
- Simon, Annette (2019): Wut schlägt Scham. Das »Wir sind das Volk« der AfD als nachgeholter Widerstand. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2019, Berlin: Blätterverlagsgesellschaft, 41–50.
- Steffen, Tilmann (2021): Hauptsache Straße. Die AfD als parlamentarischer Arm der Coronaproteste. In: Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Freiburg im Breisgau: Herder, 174–182.
- Virchow, Fabian (2016): »Rechtsextremismus«: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In: ders./Langebach, Martin/Häusler, Alexander: Handbuch Rechtsextremismus Wiesbaden: Springer VS, 5–41.
- Walther, Eva/ Isemann, Simon D. (Hrsg.) (2019): Die AfD – psychologisch betrachtet, Wiesbaden: Springer.
- Weißmann, Karlheinz (2015): »Sonst endet die AfD als Lega Ost«. Junge Freiheit v. 21.12.2015
- Weißmann, Karlheinz (2018): Disziplin ist gefordert, in: Junge Freiheit vom 16.03.2018.
- Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg: Hamburger Edition
- Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien: Edition Konturen.

